



KURZSTUDIE

Partizipation in der Bioökonomie

Gestaltungsprinzipien für konsultative Beteiligung in
Strategieprozessen



Autoren:

Dr. Jan-Hendrik Kamlage, Dennis Arnold, M.A.

Diese Studie wurde im Rahmen der Arbeit des Bioökonomierates NRW initiiert und von den Autoren selbständig durchgeführt.



Zitationshinweis:

Kamlage, Jan-Hendrik & Arnold, Dennis (2026): Partizipation in der Bioökonomie: Gestaltungsprinzipien für konsultative Beteiligung in Strategieprozessen. Kurzstudie.

Hinweis zum Einsatz generativer KI:

Das Titelbild sowie das Abschlussbild dieser Arbeit wurden mithilfe von KI generiert. Die Bilder dienen ausschließlich der visuellen Gestaltung und sind nicht Bestandteil der wissenschaftlichen Auswertung. Alle übrigen Abbildungen und Darstellungen wurden von den Autoren selbst erstellt oder sind mit den entsprechenden Quellenangaben versehen.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	4
Tabellenverzeichnis	4
Abkürzungsverzeichnis	4
1. Einleitung: Ausgangslage, Ziele und Fragestellung	5
2. Zentrale analytische Begriffe und Konzepte	6
3. Vorgehen und Analyserahmen	8
4. Überblick: Bürger:innenbeteiligung in Bioökonomiestrategien	12
5. Vertiefende Fallstudien	13
5.1. Analyseraster der Fallsteckbriefe	14
Bürger:innenbeteiligungsverfahren zum Klimaschutzplan 2050	15
Bürgerrat „Zukunft Landwirtschaft“ Vorarlberg	18
BioökonomieREVIER – Aufbau und Erprobung einer partizipativen Governance zur Entwicklung der Modellregion BioökonomieREVIER Rheinland	22
EU Bioeconomy Strategy – Towards a circular, regenerative and competitive bioeconomy	27
5.2 Übergang zur vergleichenden Analyse	31
6. Vergleichende Analyse: wiederkehrende Herausforderungen des Prozessdesigns	31
6.1 Zeitliche Kopplung: Beteiligung braucht politischen Anschluss	31
6.2 Arenenproblem: Bürger:innen-, Stakeholder- und Expert:innenwissen verschränken	32
6.3 Inklusionsproblem: Reichweite, Heterogenität und deliberative Qualität im Spannungsverhältnis	33
6.4 Übersetzungsproblem: Der Weg vom Beteiligungsergebnis zum Strategieinput	34
6.5 Institutionalisierungsproblem: Beteiligung ist oft kein einmaliges Ereignis	35
6.6 Designfragen und Designprinzipien	36
7. Handlungsempfehlungen für NRW	38
7.1 Das NRW-Beteiligungsportal als zentralen Hub nutzen, aber nicht überfrachten	38
7.2 Konsultation frühzeitig und strategisch wirksam koppeln	39
7.3 Beteiligungsarenen differenziert aufbauen	40
7.4 Reichweite, Inklusion und Informationsqualität sichern	40
7.5 Übersetzung und Responsivität verbindlich organisieren	41
7.6 Beteiligung verstetigen und lernfähig machen	42
7.7 Zusammenfassendes Prozessmodell für NRW	42
8. Fazit	43
Literaturverzeichnis	45
Anhang	49
Vergleichsmatrix der vier ausgewählten Fallbeispiele	49
Übersichtstabellen zur Bestandsaufnahme und Fallauswahl	53
Grundlagenliste recherchierter Bioökonomiestrategien und bioökonomiebezogener Beteiligungsverfahren	53
Langliste möglicher Vertiefungsfälle	57

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Auswahlkriterien Fallstudien.....	9
Abbildung 2: Strategieentwicklung konsultativer Beteiligungsverfahren	10
Abbildung 3: BRD mit Bundesländergrenzen	15
Abbildung 4: Bundesland Vorarlberg im Dreiländereck am Bodensee.....	18
Abbildung 5: Karte Rheinisches Revier.....	22
Abbildung 6: EU-Verwaltungsgrenzen	27
Abbildung 7: Musterhafte Prozesslogik	39

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kurzüberblick analysierter Fälle	12
Tabelle 2: Vertiefungsfälle der Studie	13
Tabelle 3: Analyseraster der Fallsteckbriefe	14
Tabelle 4: Designherausforderungen, Designfragen und Designprinzipien konsultativer Beteiligung.....	36
Tabelle 5: Prozessmodell konsultativer Beteiligungsarchitektur	43

Abkürzungsverzeichnis

DACH	Deutschland (D), Österreich (A) und Schweiz (CH)
EU	Europäische Union
MWIKL NRW	Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie NRW
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
UfU	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.
UNECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

1. Einleitung: Ausgangslage, Ziele und Fragestellung

Die Bioökonomie gilt als ein zentrales Handlungsfeld der sozial-ökologischen Transformation (Biber-Freudenberger et al. 2018). Mit ihr verbinden sich Erwartungen, fossile Rohstoffe durch biobasierte Alternativen zu ersetzen, Stoffkreisläufe zu schließen und Innovationen so auszurichten, dass sie mit Klima-, Ressourcen- und Biodiversitätsschutz vereinbar sind (OECD 2009; Europäische Kommission 13.02.2012, 2018, 2025; Rockström et al. 2009; Steffen et al. 2015; MWIKE NRW 2023). Zugleich muss eine nachhaltige Bioökonomie globalen Gerechtigkeitsanforderungen und Fragen einer sicheren und gerechten Ressourcennutzung Rechnung tragen (Rockström et al. 2023).

Die Bioökonomie ist weder per se nachhaltig noch ist sie ein rein technisches Innovationsprogramm. Sie berührt grundlegende gesellschaftliche Gestaltungsfragen und Zielkonflikte – etwa bei knappen Flächen- und Biomassenutzungen, der Konkurrenz zwischen stofflicher und energetischer Nutzung (SRU 2007) oder bei Fragen der Ernährungssicherheit, Biodiversität und dem Einsatz biotechnologischer Verfahren wie etwa der Gentechnik. Die Bioökonomie ist damit eine gesellschaftspolitisch umkämpfte Transformationsdomäne (UBA 2019; Europäische Kommission 2025; MWIKE NRW 2023), deren Entwicklung gesellschaftliche Rück- und Einbindung, transparente Entscheidungen und demokratisch tragfähige Beteiligungsprozesse erfordert. Bürger:innenbeteiligung ergänzt deshalb expert:innen-, stakeholder- und innovationspolitisch geprägte Strategieprozesse, indem sie lebensweltliche Perspektiven, Gemeinwohlorientierungen und gesellschaftliche Zielkonflikte sichtbar macht (Bohn et al. 2023).

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens entwickelt zusammen mit dem Bioökonomie-Rat (BöR) NRW im Jahr 2026 eine ressortübergreifende Bioökonomiestrategie. Laut Zielsetzung des Landes soll sie in übergeordnete strategische Rahmen – insbesondere die Sustainable Development Goals sowie einschlägige Strategien auf EU- und Bundesebene – eingebettet werden und Synergien mit weiteren Strategien von Land, Bund und EU nutzen (MWIKE NRW 2023; zur weltweiten Verbreitung vgl. BÖR 2018). Damit stellt sich die Frage, wie Strategieprozesse so gestaltet werden können, dass relevante gesellschaftliche Gruppen effektiv konsultiert werden und Bürger:innen Rückmeldungen, Bewertungen und Alltagswissen in den Prozess einbringen können. Bioökonomiestrategien entstehen dabei in unterschiedlichen Arenen: in fachlichen Expert:innen- und Beratungsgremien, in Stakeholderdialogen, in ressortübergreifenden Abstimmungsrunden, in digitalen Konsultationen und gegebenenfalls in dialogorientierten Bürger:innenbeteiligungsprozessen. Diese Arenen folgen jeweils eigenen Logiken der Repräsentation, Wissensproduktion und Einflussnahme (vgl. Davies et al. 2016). Für die demokratische Qualität solcher Strategieprozesse ist daher entscheidend, wie diese Arenen aufeinander bezogen werden, wie Beiträge transparent verarbeitet und wie sie in politisch nachvollziehbare Entscheidungen übersetzt werden.

Konsultative Bürger:innenbeteiligung ist bei der Entwicklung von Bioökonomiestrategien auf EU-, Bundes- und Länderebene selten dokumentiert und wissenschaftlich aufgearbeitet (Gerdes et al. 2018: 10). Daraus und aus unseren eigenen Recherchen lässt sich schließen, dass es bisher nur wenige explizite Verfahren der Bürger:innenbeteiligung gab. Demgegenüber dominieren konsultative Expert:innen- und Stakeholderprozesse sowie Informationsveranstaltungen für die interessierte Öffentlichkeit. Systematisches und praxisrelevantes Wissen darüber, wo und in welcher Form Bürger:innen zur Bioökonomie konsultiert werden, welche Qualitäten diese Verfahren erreichen und welche Lehren sich aus ambitionierten Beteiligungsprozessen anderer Politikfelder ziehen lassen, liegt bisher nur begrenzt vor.

Diese Studie setzt an dieser Lücke an. Sie untersucht einschlägige Verfahren der Öffentlichkeitskonsultation im Kontext von Bioökonomiestrategieentwicklung auf EU-, Bundes- und Länderebene und – wo bioökonomiespezifische Beispiele selten oder kaum dokumentiert sind – ergänzend Verfahren aus

angrenzenden und überlappenden Politikfeldern mit vergleichbaren Themen, etwa Klima-, Agrar-, Flächen- und Kreislaufwirtschaftspolitik.

Die Studie verfolgt drei miteinander verknüpfte Ziele. **Erstens** schafft sie einen Überblick über ausgewählte nationale, subnationale und regionale Verfahren im Kontext von Bioökonomiestrategien in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie auf EU-Ebene und untersucht diese im Hinblick auf das Vorhandensein und die Ausgestaltung konsultativer Bürger:innenbeteiligungsprozesse. **Zweitens** vertieft sie die Analyse anhand ausgewählter Fallstudien aus der Bioökonomie sowie angrenzenden Politikbereichen, in denen weitreichende Beteiligungsprozesse vorliegen. **Drittens** bewertet sie diese Verfahren mit Blick auf Prozessgestaltung und demokratische Qualität sowie politische Übersetzung und verdichtet die Befunde zu Gestaltungsfragen, Designprinzipien und Handlungsempfehlungen.

Leitend sind dabei folgende Fragen: Welche Formen konsultativer Bürger:innenbeteiligung lassen sich in strategischen Bioökonomieprozessen identifizieren? Welche Qualitäten weisen diese Verfahren im Hinblick auf zentrale Gestaltungsaspekte wie Inklusion, Transparenz, Wissensintegration und Handlungsspielräume auf? Wo finden sich ambitionierte Beteiligungsansätze, gegebenenfalls auch in angrenzenden Themenfeldern wie Agrarpolitik, Flächennutzung, Kreislaufwirtschaft oder Klimaschutz? Und welche Gestaltungsprinzipien lassen sich daraus für zukünftige Strategieverfahren ableiten?

Ziel ist es, wiederkehrende Muster, strukturelle Defizite und Herausforderungen konsultativer Beteiligungsprozesse sichtbar zu machen und für die Weiterentwicklung von Bioökonomiestrategien nutzbar zu machen. Die Studie ist wie folgt aufgebaut: Zunächst werden zentrale Begriffe und Konzepte eingeführt. Anschließend werden Vorgehen und Analyserahmen vorgestellt. Darauf folgt ein Überblick über Beteiligung in Bioökonomiestrategien der DACH-Region und der EU. Auf dieser Grundlage werden ausgewählte Fallstudien vertiefend analysiert und vergleichend ausgewertet. Abschließend werden Designprinzipien und Handlungsempfehlungen für die Entwicklung der Bioökonomiestrategie NRW formuliert.

2. Zentrale analytische Begriffe und Konzepte

Öffentlichkeitsbeteiligung, Bürger:innenbeteiligung und konsultative Verfahren

Diese Studie nimmt die im Völker- und Umweltrecht verankerte Kategorie der Öffentlichkeitsbeteiligung auf. Die Aarhus-Konvention schreibt Informationszugang, Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten rechtlich fest. Die Öffentlichkeit hat demnach das Recht, rechtzeitig, effektiv und in einem transparenten Verfahren informiert zu werden, ihre Meinung zu äußern und Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen (vgl. UNECE 1998). Die Öffentlichkeitsbeteiligung adressiert dabei alle interessierten und betroffenen Akteursgruppen. Wir unterscheiden in der Studie zwischen Bürger:innenbeteiligung, die sich an nicht-organisierte Bürger:innen richtet, und Stakeholderbeteiligung, die organisierte Interessen und Expertisen der organisierten Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbindet. Beide Formen sind wichtig, erfüllen aber unterschiedliche Funktionen: Bürger:innenbeteiligung zielt stärker auf lebensweltliche Perspektiven, Gemeinwohlorientierungen und öffentliche Urteilsbildung ab, während Stakeholderbeteiligung stärker organisiertes Interessen-, Praxis- und Umsetzungswissen in den Prozess einbezieht (Fung 2006; Rowe und Frewer 2005; Nanz und Steffek 2005; Newig et al. 2023).

Der Fokus dieser Studie liegt auf der konsultativen Bürger:innenbeteiligung. Aufbauend auf Escher et al. (2025) verstehen wir darunter Verfahren, in denen Bürger:innen – ohne eigene Entscheidungsmacht – Beiträge, Perspektiven, Ideen und lebensweltlich verankertes Wissen in politische Beratungs- und Entscheidungsprozesse einbringen können. Konsultative Verfahren zielen nicht auf unmittelbare Mitentscheidung ab, sondern erfüllen drei zentrale Funktionen:

- eine deliberative Funktion, indem sie argumentativen Austausch, Perspektivenerweiterung und reflexive Urteilsbildung ermöglichen, ohne dass dies notwendigerweise in einen Konsens mündet;

- eine epistemische Funktion, indem sie lebensweltliches Erfahrungs- und Kontextwissen einbeziehen und so die Wissensbasis politischer Entscheidungen verbreitern und letztlich verbessern;
- eine legitimierende Funktion, indem sie – bei hinreichender Transparenz und Rückkopplung – die Nachvollziehbarkeit und Begründetheit sowie die gesellschaftspolitische Anschlussfähigkeit von Strategien stärken (Delli Carpini et al. 2004; Fung 2006; Escher et al. 2025).

Legitimität und Akzeptanz: normative vs. empirische Perspektive

In unserem normativen Verständnis bezeichnet Legitimität die Fähigkeit demokratischer Institutionen und Entscheidungsverfahren, als fair und gerecht anerkannt zu werden (Beetham 1991; Scharpf 1999; Tyler 2006). Damit sind zwei zentrale Dimensionen verbunden: Erstens sollte die Gestaltung von Entscheidungsverfahren entlang verbreiteter Normen von Gerechtigkeit, Fairness und Gleichbehandlung erfolgen (prozedurale Legitimität). Zweitens wird erwartet, dass Entscheidungen und politische Ergebnisse begründbar sind und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen (Outcome-Legitimität) (Scharpf 1999; Kamlage und Nanz 2017: 5).

Akzeptanz ist davon analytisch zu unterscheiden: Sie beschreibt eine Vielfalt individueller Motive und Gründe, aus denen Menschen politische Entscheidungen, Institutionen oder Akteure unterstützen, tolerieren oder hinnehmen. Akzeptanz kann aus sehr unterschiedlichen Motiven, wie Zwang und Angst vor Sanktionen entstehen; sie ist nicht gleichbedeutend mit Legitimität, sondern kann, je nach Kontext, Folge, Begleiterscheinung oder sogar Gegenpol von Legitimitätswahrnehmungen sein (Lucke 1995; Schweizer-Ries 2008). Für diese Studie bedeutet das: Wir analysieren und bewerten die Legitimität und demokratische Qualität konsultativer Verfahren, nicht die allgemeine gesellschaftliche Zustimmung.

Wichtig ist dabei die Unterscheidung verschiedener Intensitäten von Beteiligung (Arnstein 1969; Rowe und Frewer 2005; Fung 2006; Newig et al. 2023). Die Beteiligungsforschung unterscheidet dabei zwischen: Informieren, Konsultieren, Kooperieren und der Förderung von Selbstorganisation und ordnet diese unterschiedlichen Phasen des Planungsprozesses zu (für die Bioökonomie s. Gerdes et al. 2018: 12). Die für diese Studie verwendete Systematisierung schließt an diese Typologien an, wie auch schon in anderen Studien geschehen (Kamlage et al. 2025: 18 ff.). Für Beteiligungsprozesse zur Entwicklung einer Bioökonomiestrategie sind vor allem die Information und die dialogorientierte Präsenzkonsultation relevant. Darunter verstehen wir Verfahren dialogorientierter Bürger:innenbeteiligung, die Informationen vermitteln, dialogorientierte Präsenzberatungen ermöglichen und gute Bedingungen für den Austausch von Argumenten und Sichtweisen schaffen (Kamlage und Nanz 2017). In der Praxis wird Beteiligung oft auf ein instrumentelles Verständnis verkürzt: Bürger:innen und Stakeholder werden angehört, um Akzeptanz zu erzeugen, Konflikte zu entschärfen oder vorstrukturierte Entscheidungen symbolisch abzusichern. Solche Formen der Scheinbeteiligung sind in der Beteiligungsliteratur seit Arnsteins fundamentaler Kritik des „tokenism“ breit diskutiert worden (Arnstein 1969; Cooke und Kothari 2001; Irvin und Stansbury 2004; Wesselink et al. 2011). In unserem Verständnis geht es dagegen um einen strukturierten, auf Vertrauen und Argumenten fußenden, stark reflexiv gedachten Kommunikationsraum, der dazu beitragen kann, Planungen legitimer und effektiver zu gestalten, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten und gesellschaftliche Ressourcen für den Wandel zu mobilisieren (Newig und Kvarda 2012; Bryson et al. 2013; Bohn et al. 2023).

Damit konsultative Verfahren wirksam werden können, genügt es folglich nicht, Beiträge der Bürger:innen zu sammeln. Zwischen den Ergebnissen der Beteiligung (z. B. Empfehlungen, Anliegen, Kritikpunkte) und den Wirkungen auf der Ebene politischer Entscheidungen (z. B. politische Strategien oder Maßnahmenkataloge oder Roadmaps) bedarf es einer expliziten politischen Übersetzungsleistung. Escher et al. (2025) betonen, dass diese Übersetzung vier Elemente umfasst: (1) eine nachvollziehbare Abwägung der eingebrachten Beiträge und Argumente, (2) die Integration weiterer relevanter Perspektiven und Wissensbestände, (3) eine transparente und öffentlich begründete Entscheidung und (4) die Verantwortungsübernahme durch ein politisch legitimes Entscheidungsgremium wie etwa einen Parlamentsausschuss, Ministerien oder Stadt- und Gemeinderäte.

Gerade in konfliktträchtigen und komplexen Transformationsfeldern wie der Bioökonomie ist diese Übersetzungsleistung für die Legitimität von Strategien zentral.

3. Vorgehen und Analyserahmen

Die Studie folgt einem mehrstufigen Vorgehen, das eine Kartierung dokumentierter Bürger:innenbeteiligungsverfahren mit einer vergleichenden Analyse von Prozessarchitekturen verbindet. Ziel ist es, wiederkehrende Herausforderungen der Gestaltung konsultativer Bürger:innenbeteiligung herauszuarbeiten und daraus Designfragen, Designprinzipien und letztlich Handlungsempfehlungen abzuleiten. Analytische Grundlage ist eine pragmatische Heuristik: Input – Prozess – Output – Outcome – Impact (Warburton et al. 2007). Sie knüpft an Arbeiten zur Analyse, Bewertung und Gestaltung von Beteiligungsverfahren an, die Beteiligungsdesign, offenen Zugang zu den Prozessen, die Qualität der Kommunikation, reale Einflussmöglichkeiten, Transparenz und Ergebnisverarbeitung als zentrale Dimensionen öffentlicher Beteiligung verstehen (Arnstein 1969; Rowe und Frewer 2000; Beierle und Cayford 2002; Fung 2006; Dietz und Stern 2008; Nanz und Steffek 2005; Nabatchi 2012; Kamlage und Nanz 2017; OECD 2022).

Die Heuristik dient dabei als ein pragmatisches Ordnungsschema zur Rekonstruktion und Bewertung von Beteiligungsarchitekturen und Prozessen. Sie erlaubt es, die Ausgangsbedingungen eines Verfahrens, seine Prozessgestaltung, seine dokumentierten Ergebnisse sowie deren Übersetzung in strategische Entscheidungen voneinander zu unterscheiden. Damit wird Beteiligung nicht allein nach Reichweite oder Anzahl eingegangener Beiträge betrachtet, sondern mit Blick auf ihre Prozessqualität, insbesondere auf Mandat, Zugang, die Intensität der Beratungen und deren Inklusivität und Transparenz, die Fähigkeit, unterschiedliche Wissensbestände und Akteursgruppen zu integrieren, Responsivität gegenüber den Beiträgen zu zeigen und institutionelle Anschlussfähigkeit zu gewährleisten.

Überblick verschaffen

Im ersten Schritt gibt die Studie einen Überblick über vorliegende Bioökonomiestrategien und vergleichbare strategische Verfahren auf EU-, Bundes- und Länderebene der DACH-Region. Erhoben wird, ob und in welcher Form Bürger:innenbeteiligung praktiziert wurde und ob zentrale Merkmale der Verfahren – etwa Mandat, konkreter Ablauf und Ergebnisse – öffentlich dokumentiert wurden. Berücksichtigt werden dabei nicht nur öffentlich zugängliche Strategiedokumente, sondern auch begleitende Dokumente, z. B. Konsultationsberichte, Protokolle, Ergebnisdokumente, Webseiten, Portal-Dokumentationen und Auswertungen.

Da sich im Feld der Bioökonomie bislang nur wenige ambitionierte und hinreichend dokumentierte Bürger:innenbeteiligungsprozesse finden lassen, wird der Blick im Mapping ergänzend auf angrenzende und überlappende Politikfelder ausgeweitet, z. B. Klima-, Agrar-, Flächennutzungs- und Raumplanung sowie Kreislaufwirtschaft, sofern dort analog strukturierte strategische Verfahren mit konsultativer Beteiligungsarchitektur und vergleichbarer Zielsetzung vorliegen. Entscheidend ist dabei weniger das Politikfeld als die Gestaltung des Konsultationsprozesses: Zeitpunkt, Zugang, Formate, Mandat und Übersetzungslogik. Diese Erweiterung ist wichtig, weil Bioökonomie als Transformationsfeld Zielkonflikte, Wissensunsicherheiten und normative Bewertungsfragen bündelt, die auch aus anderen Feldern der sozial-ökologischen Transformation bekannt sind (WBGU 2011; Stirling 2008; Newig et al. 2023; Europäische Kommission 2018; UBA 2019).

Ergänzend zur Dokumenten- und Literatúrauswertung wurden zwei explorative Expert:innen- und Hintergrundinterviews zu den Fällen Bürger:innenrat „Zukunft Landwirtschaft“ Vorarlberg und Bürger:innenbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050 geführt. Sie dienten dazu, die Fallrekonstruktionen zu kontextualisieren und zu plausibilisieren, insbesondere mit Blick auf Prozessgestaltung, Innovationsgehalt, politische Übersetzung, Responsivität und institutionelle Anschlussfähigkeit. Die Interviews wurden nicht als eigenständige empirische Hauptgrundlage, sondern als ergänzende Kontextquelle genutzt, sofern öffentlich zugängliche Dokumente nur begrenzte Auskunft gaben.

Vertiefende Fallstudienanalyse

Im zweiten Schritt werden vertiefende Fallstudien ausgewählt. Der Fokus der Analyse liegt dabei nicht auf der Strategie als solcher, sondern auf dem jeweils rekonstruierbaren Beteiligungsverfahren, das auf die Entwicklung, Überarbeitung oder Legitimation eines strategischen Dokuments bezogen ist.

Die Fallstudien werden als analytische Fälle genutzt, um unterschiedliche Ausprägungen, Stärken und Grenzen konsultativer Beteiligungsarchitekturen sichtbar zu machen und daraus übergreifende Designherausforderungen abzuleiten. Dieses Vorgehen folgt der Annahme, dass Beteiligung nicht schon durch ihr bloßes Vorhandensein als demokratischer Zugewinn bewertet werden kann, sondern anhand ihrer konkreten institutionellen und prozessualen Qualität rekonstruiert werden muss (Nanz und Steffek 2005; Rowe und Frewer 2000; Dietz und Stern 2008; Kamlage und Nanz 2017; Newig et al. 2023).

Die Auswahl der Fallstudien orientiert sich an folgenden Kriterien:



Abbildung 1: Auswahlkriterien Fallstudien, eigene Darstellung

Ergänzend werden auch Negativbefunde festgehalten, also Verfahren ohne Face-to-Face-Bürger:innenbeteiligung oder rein informative Angebote. Dadurch werden auch Abwesenheiten und typische Beteiligungsarchitekturen sichtbar, die auf dialogorientierte Beteiligungsangebote verzichten. Die Unterscheidung zwischen Information, Konsultation, Kooperation und weitergehenden Formen der Mitgestaltung ist hierfür zentral, weil nicht jedes Beteiligungsangebot dieselbe Intensität, Funktion und demokratische Qualität besitzt (Arnstein 1969; OECD 2003; Fung 2006; Kamlage und Nanz 2017).

Analytischer Rahmen

Die Fallstudien rekonstruieren die Verfahren entlang der Heuristik: Input, Prozess, Output, Outcome und Impact. Dabei gilt: Outcome und insbesondere Impact sind in Strategieprozessen, wenn überhaupt, nur

begrenzt oder sehr zeitverzögert beobachtbar. Die Studie analysiert daher primär Input, Prozess und Output. Outcome wird nur insoweit berücksichtigt, wie eine dokumentierte Übersetzung von Beteiligungsergebnissen in Strategiedokumente, Maßnahmenvorschläge, Roadmaps oder politische Begründungen nachvollziehbar ist. Impact im Sinne langfristiger gesellschaftlicher, politischer oder umsetzungsbezogener Wirkungen wird nicht untersucht.

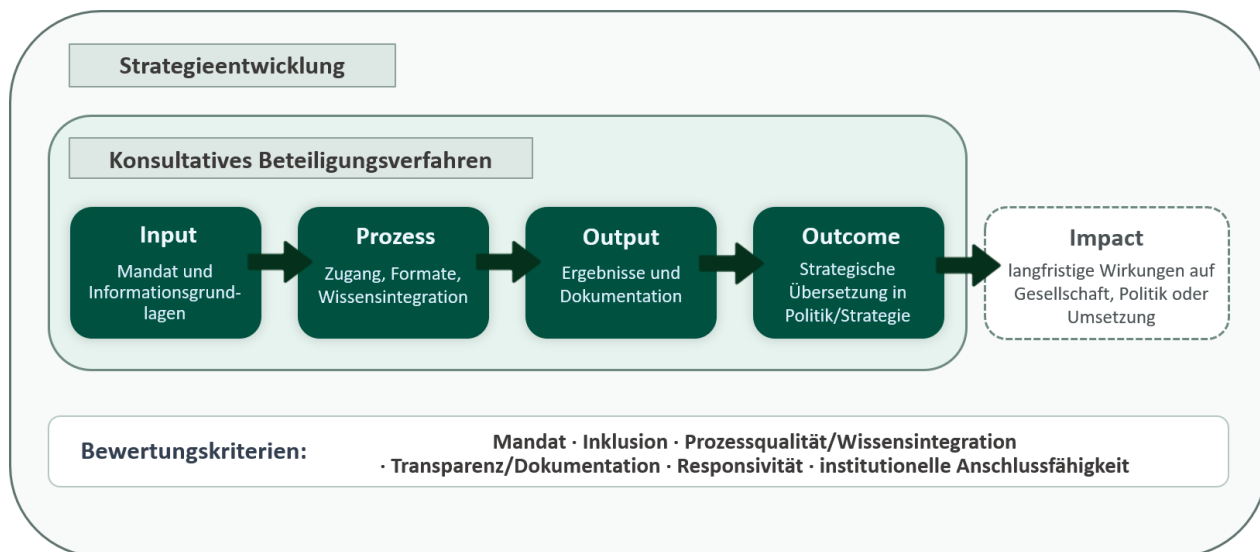


Abbildung 2: Strategieentwicklung konsultativer Beteiligungsverfahren, eigene Darstellung

Input: Anlass, Mandat und Ziele der Konsultation; Trägerschaft und Zuständigkeiten; Ressourcen, Zeitplan und Informationsgrundlagen.

Prozess: Zugang und Barrieren; Teilnahmelogik, z. B. Selbstselektion oder gezielte Ansprache; Formatmix, etwa digital, analog oder als Kaskade von Formaten; Moderation; Deliberationsqualität und Transparenzregeln.

Output: Dokumentierte Ergebnisse, z. B. Protokolle, Stellungnahmen, Empfehlungen, Befragungsergebnisse, Konsultationsberichte, sowie deren Strukturierung und Aufbereitung.

Outcome: Nachvollziehbarer Eingang der Beteiligungsergebnisse in Strategiedokumente, Maßnahmenvorschläge, Roadmaps oder politische Begründungen.

Impact: Längerfristige gesellschaftliche, politische oder umsetzungsbezogene Wirkungen, etwa auf Akzeptanz, Konfliktverläufe, Umsetzungsfähigkeit oder Transformationsdynamiken. Diese Wirkungen werden in der Studie nicht untersucht.

Bewertet werden insbesondere:

- Mandat und Handlungsspielräume,
- Zugang und Inklusivität,
- Prozessqualität und Wissensintegration,
- Transparenz und Dokumentation,
- Formatvielfalt sowie die Verknüpfung analoger und digitaler Elemente,
- Responsivität und Übersetzungsleistung,
- institutionelle Anschlussfähigkeit.

Diese Kriterien greifen zentrale Linien der Beteiligungsforschung auf. Inklusion, Zugang, Transparenz und Responsivität gehören zu den zentralen Maßstäben, mit denen die demokratische Qualität partizipativer und deliberativer Verfahren beurteilt wird (Nanz und Steffek 2005; Rowe und Frewer 2000; Fung 2006). Für diese Studie ist darüber hinaus relevant, dass konsultative Verfahren nicht nur Beiträge sammeln, sondern unterschiedliche Wissensformen miteinander in Beziehung setzen: lebensweltliches Erfahrungswissen von Bürger:innen, organisiertes Interessen- und Umsetzungswissen von Stakeholdern, fachliches Expert:innenwissen sowie administratives und politisches Entscheidungswissen. Gerade in Transformationsfeldern mit hohen Unsicherheiten, Wertepluralität, Zielkonflikten und normativen Bewertungsfragen ist diese strukturierte Wissensintegration zentral (Stirling 2008; WBGU 2011; Newig et al. 2023).

Die Bewertung erfolgt als kriteriengeleitete, nachvollziehbare und belegbare Rekonstruktion. Für jedes Kriterium werden erstens die dokumentierten Merkmale des Verfahrens festgehalten und zweitens anhand der verfügbaren Dokumentation begründet eingeordnet. Ein besonderer Fokus liegt auf der Übersetzungsleistung zwischen Beteiligungsergebnissen und strategischen Outcomes: Wo und wie wird sichtbar, welche Beiträge abgewogen, übernommen, teilweise übernommen oder nicht übernommen wurden? Damit wird Responsivität nicht nur als allgemeine Rückmeldung verstanden, sondern als nachvollziehbare Prüfung, Abwägung und gegebenenfalls Übernahme von Beiträgen in den Strategieprozess. Beteiligungsergebnisse werden nur dann legitimationswirksam betrachtet, wenn erkennbar ist, wie sie in politische oder administrative Entscheidungen übersetzt werden und wer für diese Übersetzung Verantwortung übernimmt (Nanz und Steffek 2005; Fung 2006; Escher et al. 2025).

Im letzten Schritt werden die Fallstudien vergleichend ausgewertet. Ziel ist es, zunächst wiederkehrende Muster der Prozessgestaltung zu identifizieren. Diese Muster werden anschließend als Designherausforderungen verdichtet – etwa im Hinblick auf die zeitliche Kopplung von Beteiligung und Strategieentwicklung, die Rollenklärung zwischen Bürger:innen-, Stakeholder- und Expert:innenbeteiligung, die Verbindung von Reichweite und deliberativer Qualität, die Transparenz der Übersetzung sowie die institutionelle Anschlussfähigkeit. Aus diesen Designherausforderungen werden Designfragen und Designprinzipien abgeleitet, die anschließend in Handlungsempfehlungen für NRW übersetzt werden.

4. Überblick: Bürger:innenbeteiligung in Bioökonomiestrategien

Im ersten Analyseschritt wurde ein Überblick über Bioökonomiestrategien und bioökonomiebezogene Strategieprozesse auf Länder- und Regionsebene in Deutschland, Österreich, der Schweiz sowie auf EU-Ebene erstellt. Ziel war es zu prüfen, ob und in welcher Form Bürger:innen in strategische Bioökonomieprozesse einbezogen wurden, welche Beteiligungsintensität erreicht wurde und ob die Verarbeitung der Ergebnisse nachvollziehbar dokumentiert war. Die ausführliche Übersicht der recherchierten Strategien und Verfahren ist im Anhang dokumentiert.

Tabelle 1: Kurzüberblick analysierter Fälle, eigene Darstellung

Geographische Ebene / Raumbezug	Anzahl im Arbeitsstand	Typische Verfahren / Strategien	Dominante Beteiligungsformen	Befund zur Bürger:innenbeteiligung
EU	2	Stakeholder-Beteiligung	Online-Konsultation / Information	Stakeholder-dominiert, informativ, offen-digital
National	4	Fachberatung / Stakeholder-Beteiligung, Bürger:innenebeteiligung	Beiräte, Bürger:innendialoge, Delegiertengremien, Online-konsultation	Dialogorientiert, Stakeholder dominieren, offen-digital
Länder / Region	8	Fachberatung / Stakeholder-Beteiligung, Bürger:innenebeteiligung	Bürger:innenrat, Online-konsultation, Information, Zufallsauswahl, Bürger:innendialoge, Stakeholder- und Expert:innenbeteiligung	Dialogorientiert, organisierte Interessen dominieren i.d.R.
Fälle aus angrenzenden Transformationsfeldern	3	Bürger:innen- und Stakeholder-Beteiligung	Stakeholder- und Bürger:innenbeteiligung	Dialogorientiert, organisierte Interessen dominieren i.d.R.
Geographische Räume ohne Bezug zu Bioökonomie bzw. Verfahren Prozesse, Strategien	10	—	—	—

Die Bestandsaufnahme zeigt ein klares Muster: Bürger:innenbeteiligung ist in Bioökonomiestrategien bislang nur begrenzt sichtbar und häufig nicht als eigenständige konsultative Prozessarchitektur dokumentiert. Dominant sind Fach- und Expert:innengremien, Beiräte, Stakeholder-Dialoge, offene Informationsangebote und digitale Rückmeldeformate. Für die weitere Analyse sind vier Befunde wichtig:

Erstens bleibt Beteiligung über Information und offene Rückmeldung hinaus selten. Zwar finden sich zahlreiche Informationsangebote, Veranstaltungen, Beiräte und Fachdialoge. Nur in wenigen Fällen ist jedoch erkennbar, dass Bürger:innen konsultiert werden und ihre Beiträge nachvollziehbar in Strategieprozesse einfließen.

Zweitens dominiert die Einbindung organisierter Interessen. Bioökonomie wird in vielen Strategieprozessen primär als Innovations-, Technologie-, Wirtschafts- und Forschungsfeld behandelt. Entsprechend stark vertreten sind Ressorts, Wissenschaft, Verbände, Unternehmen, Fachgremien und Beiräte. Diese Einbindung ist für ein komplexes Transformationsfeld wichtig, ersetzt aber keine Bürger:innenbeteiligung, weil sie einer anderen Repräsentations- und Wissenslogik folgt.

Drittens sind mehrstufige Beteiligungsarchitekturen selten. Verfahren, die digitale und analoge Formate, gezielt rekrutierte Bürger:innengruppen, Stakeholder-Dialoge, Expert:inneninput und transparente Rückkopplung verbinden, bilden die Ausnahme. Gerade solche Designs wären für die Bioökonomie relevant, weil hier Zielkonflikte konstruktiv bearbeitet werden.

Viertens bleibt die politische Übersetzung häufig unklar. Selbst wenn Konsultationen oder Dialoge stattfinden, ist oft schwer nachvollziehbar, wie Beiträge geprüft, abgewogen, übernommen oder verworfen wurden. Damit bleibt die Responsivität der Verfahren begrenzt sichtbar.

Aus dieser Bestandsaufnahme ergibt sich die weitere Fallauswahl der Studie. Da ambitionierte bioökonomiespezifische Bürger:innenverfahren nur begrenzt dokumentiert sind, werden ergänzend

Beteiligungsprozesse aus angrenzenden Transformationsfeldern analysiert. Entscheidend ist dabei weniger die thematische Nähe zur Bioökonomie, sondern vielmehr das analytische Potenzial, aus den Beteiligungsprozessen zu lernen.

Die vertiefenden Fälle decken unterschiedliche Ebenen, Politikfelder und Beteiligungslogiken ab:

Tabelle 2: Vertiefungsfälle der Studie, eigene Darstellung

Fall	Ebene	Analyse
Bürger:innenbeteiligung Klimaschutzplan 2050	national	Verschränkung von Bürger:innen- und Stakeholderbeteiligung; Delegiertengremium; Übersetzungsproblem
Bürger:innenrat Zukunft Landwirtschaft Vorarlberg	regional / Landesebene	Zufallsbasierter Bürger:innenrat; Stakeholderworkshops; politisches Anschlussfenster
BioökonomieREVIER	regional / Modellregion	Bioökonomiespezifischer Fall; regionale Citizens' Assembly; kommunale Bürgerräte; Online-Plattform; Stakeholderprozess und institutionelle Resonanz
EU-Bioökonomiestrategie 2025	europäisch	digital-formalisierte Konsultation; Reichweite; Selbstselektion; Dokumentation und Response-Logik

Die Fallauswahl dient dazu, unterschiedliche Designprobleme sichtbar zu machen. Kapitel 5 rekonstruiert die vier Fälle entlang eines einheitlichen Analyserasters; Kapitel 6 verdichtet die Fallbefunde anschließend zu wiederkehrenden Designherausforderungen.

5. Vertiefende Fallstudien

Die Fallstudien rekonstruieren ausgewählte Beteiligungsverfahren als analytische Lernfälle. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Hinweise die Verfahren für die Gestaltung konsultativer Bürger:innenbeteiligung in strategischen Transformationsprozessen liefern. Die Fälle werden daher entlang eines einheitlichen Rasters dargestellt, das an den in Kapitel 3 entwickelten Analyserahmen anschließt: Kurzprofil, Ziel und Mandat, Beteiligungsarchitektur und Zugang, Prozessdesign und Wissensintegration, Output und Dokumentation, Übersetzung und Responsivität sowie institutionelle Anschlussfähigkeit.

Die Verfahren werden danach betrachtet, welche Gestaltungsoptionen, Grenzen und wiederkehrenden Herausforderungen sie sichtbar machen. Dabei wurden auch Beteiligungsprozesse aus nahestehenden Transformationsfeldern einbezogen. Entscheidend für die Auswahl war dabei die Vergleichbarkeit und Güte der Beteiligungsarchitektur.

Die Fälle erfüllen unterschiedliche analytische Funktionen. Der Bürgerrat „Zukunft Landwirtschaft“ Vorarlberg zeigt, wie ein deliberatives Bürger:innenformat durch ein politisches *Window of Opportunity* hohe Resonanz in Politik und Verwaltung entfalten kann. Die Bürger:innenbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050 macht sichtbar, wie Bürger:innen- und Stakeholderbeteiligung in einem nationalen Strategieprozess miteinander verschränkt werden können, zugleich aber neue Übersetzungsprobleme entstehen. BioökonomieREVIER ist der zentrale bioökonomiespezifische regionale Fall; er zeigt, wie Bürger:innenbeteiligung in ein breiteres Governance-Arrangement im Strukturwandel eingebettet werden kann. Die Konsultation zur EU-Bioökonomiestrategie wird ergänzend als digital-formalisierter Konsultationsfall betrachtet.

5.1. Analyseraster der Fallsteckbriefe

Die Fallsteckbriefe werden nach der chronologischen Reihenfolge des Beteiligungs- bzw. Konsultationszeitraums vorgestellt und nach dem folgenden Raster aufgebaut:

Tabelle 3: Analyseraster der Fallsteckbriefe, eigene Darstellung

Kategorie	Leitfragen
Kurzprofil	Wo, wann, auf welcher Ebene und durch wen wurde das Verfahren durchgeführt? Auf welches Strategie-, Roadmap- oder Programmdokument war es bezogen?
Ziel & Mandat	Wozu wurde beteiligt? Welche Teile des Strategieprozesses waren offen? Welche Spielräume waren gesetzt oder begrenzt?
Beteiligungsarchitektur & Verfahrenszugang	Wer wurde beteiligt: Bürger:innen, Stakeholder, Expert:innen? Wie erfolgte der Zugang: offen, gezielt, zufällig, repräsentativ, selbstselektiv?
Prozessdesign & Wissensintegration	Welche Formate wurden kombiniert? Gab es Information, Dialog, Befragung, Beratung, Workshops, Online-Elemente? Welche Wissensformen wurden eingebunden?
Output & Dokumentation	Welche Ergebnisse wurden erzeugt und wie wurden sie dokumentiert? Empfehlungen, Stellungnahmen, Protokolle, Berichte, Online-Kommentare?
Übersetzung & Responsivität	Ist erkennbar, wie Beiträge geprüft, abgewogen, übernommen oder nicht übernommen wurden? Gibt es eine Rückmeldung oder Response-Logik?
Institutionelle Anschlussfähigkeit	War das Verfahren einmalig oder in Monitoring, Umsetzung, Begleitgremien oder Fortschreibung eingebettet?
Analytischer Designbefund	Welche zentrale Designherausforderung macht der Fall sichtbar? Welche Lehre ergibt sich für NRW?

Bürger:innenbeteiligungsverfahren zum Klimaschutzplan 2050¹

Bürger:innenbeteiligung Klimaschutzplan 2050

Eckdaten des Verfahrens



Geographischer Geltungsbereich: Deutschland



Zeitraum: 11/2015



Politische Ebene: Bundesebene



Initiator/ausführende Stelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)



Anzahl Beteiligte: 472 Bürger:innen



Umsetzende Dienstleister: IKU_DIE DIALOGGESTALTER, ontopica GmbH



Strategiedokument: Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung

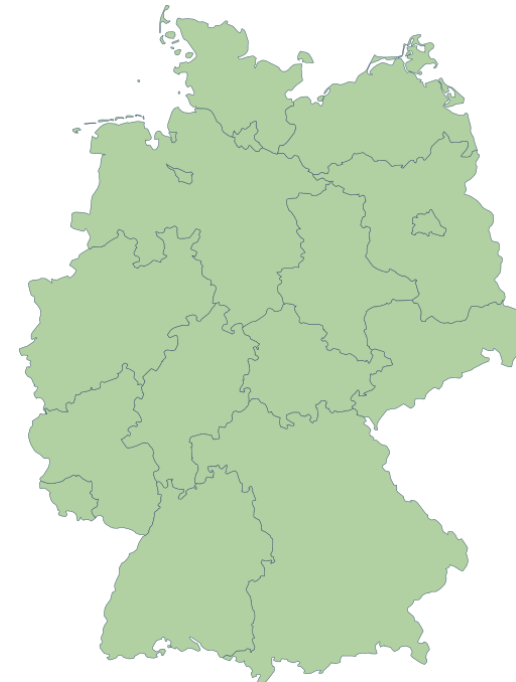


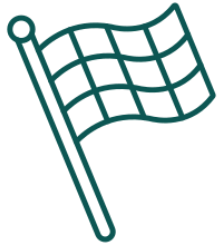
Abbildung 3: BRD mit Bundesländergrenzen, Quelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/2c/Karte_Bundesrepublik_Deutschland.svg

Kurzprofil

Die Bürger:innenbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050 war ein nationaler Beteiligungsprozess im Rahmen der deutschen Klimaschutzpolitik. Der Fall ist für diese Studie relevant, weil er nicht bioökonomiespezifisch ist, aber ein ambitioniertes strategisches Beteiligungsverfahren in einem verwandten Transformationsfeld darstellt. Er zeigt, wie Bürger:innen- und Stakeholderbeteiligung in einem bundespolitischen Leitprozess organisiert und miteinander verschränkt werden können.



¹ vgl. BMUKN o. J.; Faas und Huesmann 2017; Rucht 2016.



Ziel & Mandat

Ziel des Verfahrens war es, Beiträge, Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge für den Klimaschutzplan zu generieren. Das Mandat war konsultativ: Bürger:innen und Stakeholder konnten Vorschläge entwickeln und bewerten, hatten aber keine Entscheidungsmacht über den finalen Klimaschutzplan. Strategische Rahmungen, Sektorenlogiken und politische Zielsetzungen waren bereits in Teilen vorgegeben.

Die Konsultation zeigt, dass Beteiligung in Strategieprozessen häufig innerhalb vorstrukturierter politischer und administrativer Rahmen stattfindet. Die Qualität des Verfahrens hängt daher stark davon ab, wie transparent Mandat, Spielräume und Grenzen kommuniziert werden.

Beteiligungsarchitektur & Verfahrenszugang

Das Verfahren kombinierte getrennte Beteiligungsstränge für Bürger:innen und Stakeholdergruppen. Bürger:innen wurden in regionalen Dialogformaten beteiligt; Stakeholder brachten ihr organisiertes Interessen- und Fachwissen in eigenen Formaten ein. In einem späteren Schritt wurden die Stränge über ein Delegiertengremium miteinander verbunden.

Der Zugang zu Bürger:innen erfolgte über ein Auswahlverfahren, das auf soziale und regionale Streuung zielte. Dazu wurde eine telefonische Zufallsauswahl aus den öffentlichen Registern in den Städten und deren Umland durchgeführt mit dem Ziel 100 Teilnehmende zu gewinnen. Insgesamt wurden 76.451 Telefonnummern angerufen. Davon zeigten sich 2.454 Personen interessiert. Letztendlich nahmen 472 Personen am Bürgerdialog teil. Gleichwohl zeigen die Auswertungen, dass auch hier Grenzen der Inklusion bestehen: Bestimmte Gruppen sind schwer erreichbar, und die Beteiligung an anspruchsvollen nationalen Strategieprozessen setzt Zeit, Interesse und kommunikative Ressourcen voraus.



Prozessdesign & Wissensintegration

Der Fall operiert mit einer Verschränkung der Arenen. Bürger:innen- und Stakeholderbeteiligung wurden zunächst getrennt geführt und später über ein Delegiertengremium zusammengeführt. Damit wurde versucht, lebensweltliche Perspektiven, organisierte Interessen, fachliche Expertise und politische Strategielogik am Ende wieder zu integrieren.

Diese Prozessarchitektur war neu, erzeugte aber auch Herausforderungen. Bürger:innen und professionelle Stakeholder verfügen über unterschiedliche Ressourcen, Sprachfähigkeiten, erprobte Routinen in der Vertretung ihrer Interessen und Verhandlungserfahrung.

Output & Dokumentation

Die Beteiligung erzeugte umfangreiche Ergebnisse: Vorschläge, Bewertungen, Empfehlungen und dokumentierte Ergebnisse aus Bürger- und Stakeholder-Formaten. Die Output-Dokumentation war im Vergleich zu vielen anderen Verfahren umfänglich.

Damit lässt sich nachvollziehen, welche Themen und Vorschläge im Beteiligungsprozess entstanden sind. Für die Bewertung der Beteiligung reicht die Output-Dokumentation jedoch nicht aus. Entscheidend ist, wie diese Ergebnisse anschließend politisch und administrativ verarbeitet wurden.



Übersetzung & Responsivität

Der zentrale kritische Punkt des Falls liegt in der Übersetzung von Beteiligungsergebnissen in politische Strategiedokumente. Der Prozess und die Beteiligungsergebnisse wurden gut dokumentiert und teilweise wissenschaftlich analysiert. Weniger transparent blieb jedoch, wie einzelne Vorschläge in den späteren Ressort- und Kabinettsabstimmungen geprüft, verändert, übernommen oder nicht übernommen wurden. Damit zeigt der Fall exemplarisch ein Kernproblem strategischer Beteiligung: Je weiter der Prozess in politische und administrative Abstimmungslogiken eintritt, desto schwieriger wird es für Teilnehmende und Öffentlichkeit nachzuvollziehen, wie Beteiligungsbeiträge tatsächlich verarbeitet wurden.

Institutionelle Anschlussfähigkeit

Der Prozess hinterließ einen prozeduralen Fußabdruck im zuständigen Ministerium und wurde zu einem wichtigen Referenzfall für spätere Beteiligungsprozesse auf Bundesebene.

Der unmittelbare fachpolitische Einfluss einzelner Vorschläge ist allerdings schwerer nachzuweisen. Analytisch ist daher zwischen institutionellem Lernen, prozeduralem Einfluss und konkreter Policy-Wirkung zu unterscheiden.



Analytischer Designbefund

Der Fall zeigt: Die Bürger:innenbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050 zeigt, wie Bürger:innen- und Stakeholderbeteiligung in einem nationalen Strategieprozess kombiniert werden können. Zugleich macht der Fall sichtbar, dass starke Output-Dokumentation nicht automatisch eine transparente politische Übersetzung bedeutet.

Relevante Designherausforderung: Der Fall ist relevant für das Arenen- und Übersetzungsproblem. Er zeigt die Chancen, aber auch die Risiken einer gemeinsamen Bearbeitung von Bürger:innenperspektiven und organisierten Stakeholder-Interessen.

Übertragbare Lehre für NRW: Für NRW sollte früh geklärt werden, wie Bürger:innen-, Stakeholder- und

Expert:innenbeiträge aufeinander bezogen werden. Wichtig ist eine verbindliche Response-Logik, die transparent macht, welche Beiträge übernommen, verändert oder nicht übernommen wurden und aus welchen Gründen.

Weiterführende Links

- <https://www.bundesumweltministerium.de/buergerservice/beteiligung/ueberblick-beteiligung/weitere-buergerbeteiligungsprozesse>
- <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/die-buergerbeteiligung-zum-klimaschutzplan-2050>

Bürgerrat „Zukunft Landwirtschaft“ Vorarlberg²

Bürgerrat Zukunft Landwirtschaft

Eckdaten des Verfahrens



Geographischer Geltungsbereich: Bundesland Vorarlberg, Österreich,



Zeitraum: 10/2019



Politische Ebene: Landesebene



Initiator/ausführende Stelle: Initiativegruppe von Privatpersonen (Petition), Landesregierung



Anzahl Beteiligte: 17 Bürger:innen



Strategiedokument: Ergebnisverwertung primär im Regierungsprogramm „Landwirtschaft.Leben“



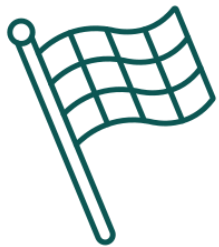
Abbildung 4: Bundesland Vorarlberg im Dreiländereck am Bodensee, Quelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/3e/Austria_Vorarlberg_location_map.svg

² vgl. Büro für Zukunftsfragen (BfZ) 2019; Amt der Vorarlberger Landesregierung o. J.

Kurzprofil

Der Bürger:innenrat „Zukunft Landwirtschaft“ fand im Jahr 2019 auf Landesebene in Vorarlberg, Österreich statt. Er wurde aus der Bevölkerung heraus initiiert; nach der Vorarlberger Bürger:innenratsrichtlinie kann ein Bürger:innenratsprozess auf Landesebene durch eine bestimmte Zahl an Unterschriften angestoßen werden. Die Koordination lag beim Büro für Zukunftsfragen der Vorarlberger Landesregierung, das über langjährige und vielfältige Erfahrung mit Bürger:innenräten und dialogorientierten Beteiligungsverfahren verfügt.

Besonders relevant ist die zeitliche Konstellation. Der Bürger:innenrat fand im Umfeld der Landtagswahl 2019 statt. Diese Nähe zur Wahl wurde zunächst als Risiko gesehen, entwickelte sich aber rückblickend zu einem politischen Gelegenheitsfenster, weil die Ergebnisse effektiv in die Beratungen zur Regierungsbildung, in das Regierungsprogramm und in die spätere Landwirtschaftsstrategie eingespeist werden konnten.



Ziel & Mandat

Ziel des Verfahrens war es, die Zukunft der Landwirtschaft in Vorarlberg gesellschaftlich breit zu diskutieren. Landwirtschaft sollte nicht nur in fachlichen Arenen, sondern auch aus Perspektive zufällig ausgewählter Bürger:innen beraten werden. Die Fragestellung des Bürger:innenrates wurde bewusst offen formuliert und zielte darauf ab, Landwirtschaft als Zukunftsfrage von Ernährung, Landschaft, regionaler Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Lebensqualität zu behandeln.

Das Mandat war konsultativ. Die Bürger:innen sollten Empfehlungen und Orientierungen für Politik und Verwaltung erarbeiten, ohne selbst Entscheidungen zu treffen. Die besondere Stärke des Falls liegt darin, dass dieses konsultative Mandat mit konkreten politischen Anschlussmöglichkeiten verbunden war.

Beteiligungsarchitektur & Verfahrenszugang

Die Teilnehmenden wurden über eine Zufallsauswahl gewonnen. Die Gruppe sollte die Bevölkerung hinsichtlich zentraler Merkmale wie Alter, Geschlecht und regionaler Verteilung abbilden. Zugleich zeigt der Fall die Grenzen solcher Auswahlverfahren: Weitere Merkmale wie Bildung, Einkommen, Migrationshintergrund oder Muttersprache sind über Melderegisterdaten nicht zu erfassen. Der Zeitaufwand eines eineinhalbtägigen Bürger:innenrats kann zudem selbst eine Teilnahmebarriere darstellen.

Ergänzend zum Bürger:innenrat wurden Stakeholderworkshops mit Landwirt:innen durchgeführt. Dies war eine zentrale Designentscheidung: Da ein zufällig ausgewählter Bürger:innenrat nicht automatisch landwirtschaftliches Praxiswissen enthält, wurden die Perspektiven direkt betroffener Akteure vorgelagert erhoben und anschließend in den Bürger:innenrat eingebracht.





Prozessdesign & Wissensintegration

Der Fall zeigt eine sequenzielle Arenenlogik. Bürger:innen, Stakeholder und Verwaltung wurden nicht in einem einzigen Format zusammengebracht, sondern in unterschiedlichen Prozessschritten und Einzelformaten miteinander gekoppelt. Die Stakeholderworkshops bündelten landwirtschaftliches Praxis- und Betroffenenwissen; der Bürger:innenrat entwickelte lebensweltliche Bewertungen und Empfehlungen; eine Resonanzgruppe sowie politische-administrative Akteure stellten die Anschlussfähigkeit der Ergebnisse her.

Diese Prozessarchitektur ermöglichte es, unterschiedliche Wissensformen funktional zu unterscheiden und dennoch aufeinander zu beziehen. Für strategische Transformationsprozesse ist dies relevant, weil Bürger:innen nicht alle fachlichen Perspektiven selbst abbilden können, Stakeholderwissen aber zugleich nicht die Eigenlogik bürgerschaftlicher Beratung dominieren sollte.

Output & Dokumentation

Der Bürger:innenrat entwickelte Empfehlungen zur Zukunft der Landwirtschaft. Diese wurden öffentlich vorgestellt und in Bürgercafés und weiteren Rückkopplungsformaten öffentlich diskutiert. Eine digitale Plattform wurde vor allem als Dokumentations- und Transparenzinstrument genutzt. Sie diente nicht als deliberativer Raum, sondern machte Prozessschritte und Ergebnisse für eine breitere Öffentlichkeit nachvollziehbar.



Übersetzung & Responsivität

Die politische Übersetzung war im Fall Vorarlberg besonders gelungen. Die Ergebnisse konnten in ein konkretes politisches Window of Opportunity eingespeist werden: Landtagswahl, Regierungsbildung, Regierungsprogramm und spätere Landwirtschaftsstrategie. Nach den vorliegenden Auswertungen wurden zentrale Inhalte der Empfehlungen in politische und strategische Dokumente aufgenommen.

Gleichzeitig ist dieser Befund vorsichtig zu interpretieren. Die Responsivität war nicht allein Ergebnis des Formats Bürger:innenrat, sondern beruhte auf einer günstigen Konstellation aus Timing, politischer Unterstützung, Fachverwaltung, Resonanzgruppe und einzelnen Promotor:innen. Der Fall ist daher ein Lernfall für die Frage, wie Beteiligung an konkrete politische Verwertungsfenster gekoppelt werden kann.

Institutionelle Anschlussfähigkeit

Der Fall hatte nach den Auswertungen eine deutliche Lernwirkung für spätere Beteiligungsprozesse in Vorarlberg. Besonders wichtig war die Einsicht, Beteiligung künftig stärker von den Verwertungsmöglichkeiten her zu planen: Gibt es ein Strategiepapier, ein Programm, eine politische Agenda oder ein Verwaltungsverfahren, in das Ergebnisse tatsächlich einfließen können?





Analytischer Designbefund

Der Fall zeigt: Der Bürger:innenrat „Zukunft Landwirtschaft“ Vorarlberg zeigt, wie ein ambitioniertes, deliberatives Bürger:innenformat politische Anschlussfähigkeit gewinnen kann, wenn es ein konkretes Gelegenheitsfenster gibt und dieses genutzt werden kann.

Relevante Designherausforderung: Der Fall zeigt die gelungene zeitliche Kopplung von Beteiligung und Strategieentwicklung, die Arenenlogik zwischen Bürger:innen- und Stakeholderwissen sowie für die Frage politischer Übersetzung.

Übertragbare Lehre für NRW: Beteiligung sollte nicht als isoliertes Format, sondern von Beginn an mit konkreten politischen und administrativen Verwertungsfenstern und Schnittstellen geplant werden. Bürger:innenformate sollten durch klar ausgewiesene Stakeholder- und Expert:inneninputs ergänzt werden, ohne die Eigenlogik bürgerschaftlicher Beratung aufzugeben.

Weiterführende Links

- <https://vorarlberg.at/-/buergerbeteiligung>
- <https://vorarlberg.at/-/buergerrat-zukunft-landwirtschaft>
- <https://vorarlberg.mitdenken.online/>
- <https://vorarlberg.at/-/landwirt-schafft-leben>

BioökonomieREVIER – Aufbau und Erprobung einer partizipativen Governance zur Entwicklung der Modellregion BioökonomieREVIER Rheinland³

BioökonomieREVIER

Eckdaten des Verfahrens



Geographischer Geltungsbereich: Rheinisches Revier (Region)



Zeitraum: 09/2019 - 07/2021



Politische Ebene: Strukturwandelregion; BMBF-gefördertes Modellregionsprojekt



Initiator/ausführende Stelle: Forschungszentrum Jülich (FZJ), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Ruhr-Universität Bochum (RUB)



Anzahl Beteiligte: 72 Bürger:innen , plus Online-Beteiligung



Strategischer Bezug: Entwicklung von Empfehlungen für eine nachhaltige Bioökonomie und Flächennutzung im Rheinischen Revier im Kontext regionaler Strukturwandelprozesse.

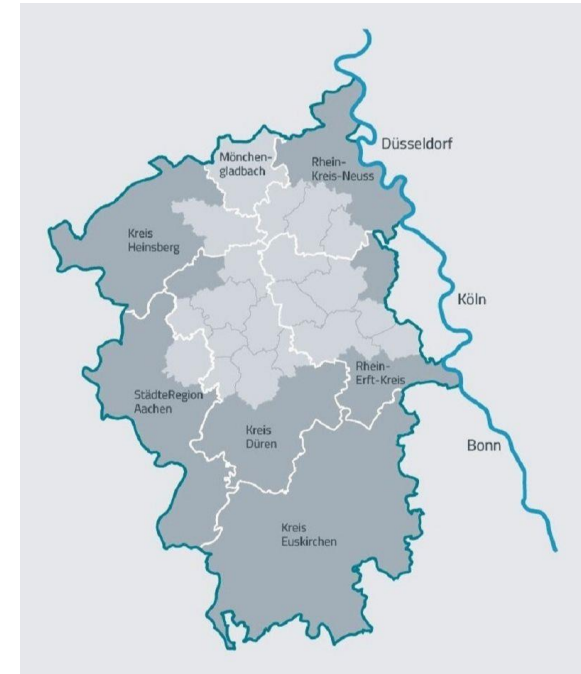


Abbildung 5: Karte Rheinisches Revier, Quelle: https://www.biosc.de/Transform2Bio_Modellregion

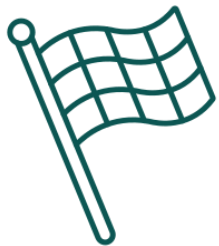
Kurzprofil

BioökonomieREVIER ist der zentrale regionale Fall dieser Studie. Das Projekt war im Rheinischen Revier angesiedelt und stand im Kontext des Strukturwandels nach dem politisch beschlossenen Kohleausstieg. Ziel war es, Beiträge zur

³ vgl. Knobbe et al. o. D.; BioökonomieREVIER o. D.

Entwicklung einer Modellregion nachhaltiger Bioökonomie zu leisten und dafür ein integriertes partizipatives Governance-Arrangement aufzubauen.

Der Fall unterscheidet sich von klassischen konsultativen Verfahren. BioökonomieREVIER war als ein mehrstufiges, komplexes Beteiligungsarrangement geplant, das Bürger:innenbeteiligung, Stakeholderintegration, Expert:innenwissen, digitale Rückbindung und institutionelle Resonanz miteinander verband. Der Fall ist relevant für die Frage, wie Bioökonomie als regionales Transformationsthema partizipativ bearbeitet werden kann.



Ziel & Mandat

Ziel der Beteiligung war es, Bürger:innen und organisierte Akteure in die Entwicklung von Empfehlungen für eine nachhaltige, regionale Bioökonomie und Flächennutzung einzubeziehen. Im Mittelpunkt der Bürger:innenbeteiligungsprozess standen Nutzungskonkurrenzen um Flächen in der Region, Fragen regionaler Wertschöpfung, Nachhaltigkeit, Naturschutz, Landwirtschaft, Wohnen, Arbeit, Mobilität und Beteiligung.

Das Mandat war konsultativ. Bürger:innen hatten daher keine Entscheidungsbefugnis, sondern entwickelten Empfehlungen, die offen in regionale Entwicklungs-, Planungs- und Governanceprozesse eingespeist wurden. Die besondere Frage lautet daher nicht nur, welche Empfehlungen formuliert wurden, sondern wie diese Empfehlungen institutionell aufgegriffen, kommentiert und weiterverarbeitet wurden.

Beteiligungsarchitektur & Verfahrenszugang

Das Beteiligungsarrangement bestand aus mehreren ineinandergreifenden Formaten:

- einer Lenkungsgruppe als Stakeholder- und Steuerungsformat,
- einer regionalen Bürgerversammlung bzw. Citizens' Assembly,
- zwei lokalen Bürgerräten mit Bürgercafés,
- einer Online-Beteiligungsplattform,
- der nachgelagerten Einholung institutioneller Stellungnahmen.

Die Bürgerversammlung war das zentrale Beteiligungsformat auf der Regionsebene. Die Teilnehmenden wurden über ein Verfahren der geschichteten Zufallsauswahl ausgewählt. Dabei wurden zunächst 3.000 Bürger:innen aus 19 Kommunen im Rheinischen Revier über Melderegister angeschrieben. Aus dem Personenkreis, der sich zurückgemeldet und Interesse signalisiert hatte, wurden am Ende 60 Personen zur Teilnahme eingeladen. Dieser Personenkreis wurde nach Kriterien wie Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und sozialer Lage zusammengestellt. Die kriterienbasierte Auswahl sollte eine möglichst heterogene Zusammensetzung der Gruppe ermöglichen, die in wesentlichen Merkmalen der Bevölkerung im Revier entsprach.



Die lokalen Bürgerräte in Erkelenz und Jülich sollten kommunale Entwicklungsthemen vertieft bearbeiten. In Erkelenz und Jülich wurden rund 1.500 zufällig ausgewählte Bürger:innen eingeladen, wovon am Ende zwölf interessierte Personen für einen eineinhalbtägigen Bürgerrat ausgewählt wurden. Die Bürgerräte entwickelten Empfehlungen zur nachhaltigen Gestaltung der Kommunen.

Damit zeigt der Fall eine doppelte Beteiligungsstrategie: Zum einen wurde auf regionaler Ebene über Bioökonomie und nachhaltige Flächennutzung beraten; zum anderen wurden lokale Formate genutzt, um Fragen der nachhaltigen Entwicklung an kommunale Vorhaben anzuschließen.



Prozessdesign & Wissensintegration

BioökonomieREVIER ist geeignet für die Analyse der Arenenlogik. Bürger:innen, organisierte Interessen, Expert:innen, Kommunen, regionale Entwicklungsakteure und Verwaltung wurden in unterschiedlichen Arenen integriert beteiligt.

Die Lenkungsgruppe hatte die Funktion, organisierte Interessen und regionale Stakeholder in den Prozess einzubinden und die Qualität des Beteiligungsprozesses mit zu sichern. Die regionale Bürgerversammlung stellte Bürger:innenperspektiven, lebensweltliche Bewertungen und Gemeinwohlorientierung ins Zentrum. Die lokalen Bürgerräte übersetzten den regionalen Transformationsrahmen in kommunale Fragen. Die Online-Plattform diente der Information, Dokumentation und Rückbindung an eine breitere Öffentlichkeit.

Output & Dokumentation

Der zentrale Output der Bürgerversammlung waren Bürger:innenempfehlungen, insgesamt 20, zu Bioökonomie und nachhaltiger Flächennutzung im Rheinischen Revier. Ergänzend entstanden Berichte und Empfehlungen aus lokalen Bürgerräten, darunter der Bericht zum Bürgerrat Erkelenz und Jülich. Die Ergebnisse der Bürgerräte wurden in Bürgercafés öffentlich vorgestellt und an die Bürgermeister übergeben.



Übersetzung & Responsivität

BioökonomieREVIER ist besonders aufschlussreich, weil eine nachgelagerte Responsivitätsebene dokumentiert ist. Die Bürger:innenempfehlungen wurden an regionale Institutionen und Akteure übergeben, die dazu Stellung nahmen. Dazu zählen unter anderem Bezirksregierungen, Braunkohlenausschuss, Landwirtschaftskammer, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften und Umweltverbände.

Die Stellungnahmen belegen eine deutliche institutionelle Resonanz. Der Revierknoten Ressourcen und Agrobusiness sieht eine hohe Übereinstimmung mit dem Wirtschafts- und Strukturprogramm (WSP) und kündigt an, die Empfehlungen in die Fortschreibung des WSP sowie in die konzeptionelle Entwicklung einer Regionalstrategie zur Ressourcenwende einzubeziehen. Die Bezirksregierung Köln und der Braunkohlenausschuss bewerten die Empfehlungen als Impulse für Regional- und

Braunkohlenplanung und als Bestätigung einer nachhaltigen Raumentwicklung. Die Landwirtschaftskammer NRW kündigt Berücksichtigung der Empfehlungen in der künftigen Arbeit an.

Gleichzeitig ist diese Responsivität vorsichtig zu interpretieren. Die Stellungnahmen belegen zunächst, dass Empfehlungen aufgenommen, kommentiert und als anschlussfähig beschrieben wurden.

Sie sind kein Nachweis dafür, dass die Empfehlungen tatsächlich umgesetzt oder langfristig wirksam wurden. Der Fall erlaubt daher eine relativ starke Aussage über institutionelle Resonanz, aber nur eine vorsichtige Aussage über politischen Einfluss.

Institutionelle Anschlussfähigkeit

Der Fall zeigt eine hohe gesellschaftlich-institutionelle Anschlussfähigkeit. Mehrere regionale Akteure bezogen die Empfehlungen auf bestehende oder geplante Prozesse: Regional- und Braunkohlenplanung, WSP-Fortschreibung, kommunale Konzepte, Machbarkeitsstudien, interkommunale Entwicklungsgesellschaften und fachliche Strategien. Ob und inwieweit die Empfehlungen tatsächlich in spätere Entscheidungen, Planungen oder Umsetzungsprozesse eingegangen sind, lässt sich auf Grundlage der vorliegenden Dokumentation nicht nachweisen.

Die lokalen Bürgerräte zeigen zudem eine konkrete kommunale Anschlussstelle, indem die Empfehlungen in eine Machbarkeitsstudie zum Gewerbegebiet Erkelenz Ost einfließen sollten. In Jülich ging es um die kommunale Nachhaltigkeits-, Mobilitäts- und Innenstadtentwicklung.

Damit macht BioökonomieREVIER deutlich, dass institutionelle Anschlussfähigkeit nicht nur durch formale politische Beschlüsse entsteht. Sie kann auch durch öffentliche Resonanzräume, Stellungnahmen, kommunale Anschlussprojekte, regionale Entwicklungsgesellschaften und fachliche Folgeprozesse hergestellt werden. Für die Bewertung bleibt jedoch entscheidend, zwischen Anschlussfähigkeit, angekündigter Berücksichtigung und tatsächlicher Umsetzung zu unterscheiden. Eine tatsächliche Übernahme lässt sich auf Grundlage der vorliegenden Dokumentation nur begrenzt nachweisen.



Analytischer Designbefund



Der Fall zeigt: BioökonomieREVIER zeigt, wie konsultative Bürger:innenbeteiligung über zufallsbasierte Bürger:innenformate in ein breiteres regionales Governancearrangement eingebettet werden kann. Der Fall verbindet eine regionale Citizens' Assembly, zwei kommunale Bürgerräte, Stakeholdersteuerung, Online-Rückbindung und institutionelle Stellungnahmen zu einem integrierten Beteiligungssystem.

Relevante Designherausforderung: Der Fall adressiert das Arenenproblem, die Wissensintegration und die institutionelle Anschlussfähigkeit. Er zeigt zugleich das Übersetzungsproblem in einer spezifischen Form: Die Empfehlungen erzeugen

dokumentierte Resonanz, aber die tatsächliche Umsetzung bleibt nur begrenzt nachweisbar.

Übertragbare Lehre für NRW: Für NRW ist BioökonomieREVIEW ein wichtiger Lernfall, weil er zeigt, dass Bürger:innenbeteiligung in der regionalen Bioökonomie nicht isoliert angelegt werden sollte. Sinnvoll ist ein integriertes Design, das Bürger:innenformate, Stakeholderarenen, Expert:innenwissen, digitale Transparenz und institutionelle Response-Mechanismen miteinander verbindet. Zugleich sollte von Beginn an geklärt werden, wie Empfehlungen geprüft, kommentiert und in Strategie-, Planungs- oder Umsetzungsprozesse überführt werden.

Weiterführende Links

- <https://www.biooekonomierevier.de/biooekonomierevier>
- <https://www.linkedin.com/company/biooekonomierevier/posts/?feedView=all>
- <https://www.wiwi.rub.de/projekte/biooekonomierevier-aufbau-und-erprobung-einer-partizipativen-governance-zur-entwicklung-der-modellregion-biooekonomierevier-rheinland/>

EU Bioeconomy Strategy – Towards a circular, regenerative and competitive bioeconomy⁴

EU-Bioökonomiestrategie

Eckdaten des Verfahrens



Geographischer Geltungsbereich: EU-Europa



Zeitraum: 03-06/2025



Politische Ebene: EU-Ebene



Initiator/ausführende Stelle: Europäische Kommission, federführend Generaldirektion Umwelt



Anzahl Beteiligte: 444 Rückmeldungen im *Call for Evidence*; 362 Antworten in der öffentlichen Konsultation; 133 Teilnehmende in vier Stakeholderworkshops



Strategiedokument: Ein strategischer Rahmen für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Bioökonomie in der EU

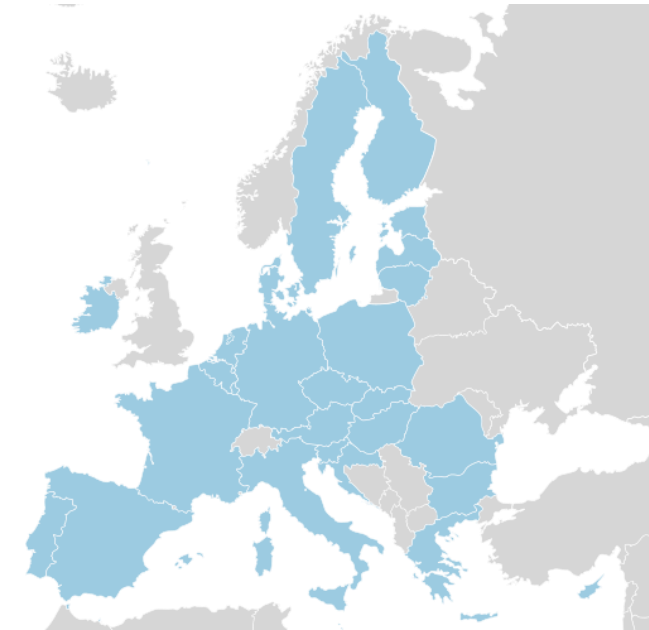


Abbildung 6: EU-Verwaltungsgrenzen, Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:European_Union_map.svg

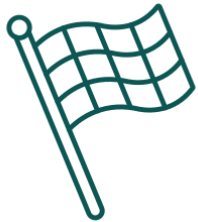
Kurzprofil

Die EU-Konsultation zur Bioökonomiestrategie 2025 ist ein digital-formalisierter Konsultationsfall im Rahmen der EU-Better-Regulation-Architektur. Sie zielte auf die Erarbeitung eines neuen strategischen Rahmens für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Bioökonomie in der EU ab. Der Fall ist relevant, weil er zeigt, was ein Beteiligungsportal leisten kann: formale Offenheit, Reichweite, Dokumentation und strukturierte Auswertung. Deliberative Bürger:innenbeteiligung fand dabei nicht statt, sondern lediglich eine offene Öffentlichkeits- und Stakeholder-Konsultation



⁴ vgl. Europäische Kommission 2025.

mit deutlicher Dominanz organisierter Akteure.



Ziel & Mandat

Ziel war es, Rückmeldungen zur Problemdefinition, zu möglichen Optionen und zu strategischen Prioritäten der neuen EU-Bioökonomiestrategie einzuholen. Das Mandat war konsultativ: Teilnehmende konnten Einschätzungen, Daten, Positionen und Empfehlungen einbringen, hatten aber keine Entscheidungsmacht. Die Kommission stellte klar, dass die Beiträge weder repräsentativ für die EU-Bevölkerung noch bindend für die Kommission sind.

Beteiligungsarchitektur & Verfahrenszugang

Die Architektur bestand aus *Call for Evidence*, öffentlicher Konsultationsumfrage und vier gezielten Stakeholderworkshops. *Call for Evidence* und Konsultationsumfrage liefen über die Beteiligungsplattform der EU-Kommission „*Have your say*“, die Workshops fanden online statt. Der Zugang war formal offen und richtete sich an eine breite Zielgruppe, darunter allgemeine Öffentlichkeit, Unternehmen, Primärerzeuger, NGOs, Forschung, Behörden und internationale Organisationen. Empirisch dominierten jedoch organisierte Stakeholder: In der öffentlichen Konsultation entfielen nur 28 von 362 Antworten auf EU-Bürger:innen, während Business Associations und Unternehmen die größten Gruppen bildeten.



Prozessdesign & Wissensintegration

Das Verfahren kombinierte standardisierte digitale Antworten, offene Textbeiträge, Positionspapiere und thematische Online-Workshops. Dadurch wurden fachliches, ökonomisches, regulatorisches und interessengebundenes Wissen systematisch gesammelt. Bürger:innenwissen im Sinne lebensweltlicher Erfahrungen und Gerechtigkeitswahrnehmungen spielte hingegen eine deutlich kleinere Rolle. Der Synopsis Report beschreibt eine Mixed-Methods-Auswertung mit quantitativen und qualitativen Verfahren sowie Prüfungen auf Duplikate, koordinierte Kampagnen und missbräuchliche Inhalte.

Output & Dokumentation

Der Output ist gut dokumentiert: 444 Rückmeldungen im *Call for Evidence*, 362 Antworten in der öffentlichen Konsultation, 149 zusätzliche Dateien und 133 Workshop-Teilnehmende. Die Dokumentation umfasst einen Factual Summary Report und einen ausführlichen Synopsis Report. Inhaltlich betonten die Teilnehmenden vor allem Kreislauffähigkeit, nachhaltige Biomasseproduktion und -nutzung, Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Regulierung, Finanzierung, Standards und Monitoring.





Übersetzung & Responsivität

Die Responsivität ist besser dokumentiert als in vielen offenen Konsultationen, bleibt aber aggregiert. Der Synopsis Report beschreibt thematisch, welche Empfehlungen eingebracht wurden und wie die Kommission Feedback in die Strategieentwicklung aufgenommen hat. Auch die finale Communication verweist ausdrücklich auf die Konsultationen. Einzelne Beiträge werden jedoch nicht systematisch über eine Response-Matrix mit konkreten Entscheidungen verknüpft; sichtbar ist eher eine thematische Aufnahme auf Cluster-Ebene.

Institutionelle Anschlussfähigkeit

Die Anschlussfähigkeit ist hoch, weil die Konsultation unmittelbar in einen formalen EU-Strategieprozess eingebettet war. Die finale Strategie COM(2025) 960 wurde am 27. November 2025 veröffentlicht und verweist auf Beiträge aus mehreren Konsultationen. Die Strategie ist zudem in weitere EU-Rahmen eingebettet, darunter Competitiveness Compass, Clean Industrial Deal, Vision for Agriculture and Food, Biotech Act, Circular Economy Act und Monitoring über das EU Knowledge Centre for Bioeconomy sowie das Bioeconomy Monitoring System.



Analytischer Designbefund

Der Fall zeigt: Digitale Konsultationsportale können Reichweite, Offenheit, Dokumentation und strukturierte Auswertung ermöglichen. Sie erzeugen aber nicht automatisch Bürger:innenbeteiligung. Im EU-Fall waren organisierte Stakeholder, Unternehmen, Verbände und Fachinstitutionen deutlich stärker vertreten als Bürger:innen.



Relevante Designherausforderung: Der Fall ist relevant für das Inklusions- und Übersetzungsproblem und die Rolle digitaler Beteiligungsinfrastruktur. Er zeigt, dass digitale Portale eine gute Transparenz- und Dokumentationsfunktion haben, aber hochwertige deliberative Beratung, gesteuerten Zugang und Inklusion sowie soziale Heterogenität nicht ersetzen.

Übertragbare Lehre für NRW: Das NRW-Beteiligungsportal sollte als zentraler Hub für Information, Dokumente, digitale Rückmeldung, offene Stellungnahmen und Ergebnisdokumentation genutzt werden. Es sollte aber nicht als vollständiges Beteiligungsverfahren verstanden werden. Für substantielle Bürger:innenperspektiven braucht es ergänzend moderierte, zielgruppensensible und möglichst inklusive Formate sowie eine klarere Response-Logik, etwa eine Response-Matrix oder einen Änderungslog.

Weiterführende Links

- https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14555-Towards-a-circular-regenerative-and-competitive-bioeconomy_en
- https://environment.ec.europa.eu/strategy/bioeconomy-strategy_en

- https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/kommission-legt-neue-biookonomie-strategie-vor-2025-11-27_de
- https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2819

5.2 Übergang zur vergleichenden Analyse

Die vier Fälle bilden zusammen ein komplementäres Bild von Designherausforderungen und Lernerfahrungen. Vorarlberg steht für politische Anschlussfähigkeit eines Bürger:innenrats, der Klimaschutzplan 2050 für die Verschränkung von Bürger:innen- und Stakeholderarenen in einem nationalen Leitstrategieprozess, BioökonomieREVIER für ein regionales bioökonomiespezifisches Governancearrangement mit dokumentierter institutioneller Resonanz und die EU-Konsultation für digital-formalisierte, reichweitenstarke Öffentlichkeitsbeteiligung.

Diese unterschiedlichen Fallogiken sind für die vergleichende Analyse zentral. Die Fälle zeigen verschiedene Ausprägungen von zentralen Grundproblemen: Wann kann Beteiligung strategische Weichenstellungen beeinflussen? Wie werden Bürger:innen-, Stakeholder- und Expert:innenwissen aufeinander bezogen und in Formaten integriert? Wie lassen sich Zugang und Inklusion von Teilnehmenden mit einer hohen Beratungsqualität verbinden? Wie werden Ergebnisse übersetzt in Strategien? Und wie gelingt es, Beteiligung über ein einmaliges Ereignis hinaus institutionell Anschluss- und lernfähig zu halten?

Kapitel 6 verdichtet diese Fallbefunde zu fünf wiederkehrenden Designherausforderungen: zeitliche Kopplung, Arenenlogik, Inklusion, Übersetzung und Institutionalisierung.

6. Vergleichende Analyse: wiederkehrende Herausforderungen des Prozessdesigns

Die vergleichende Analyse der Fälle dient dazu, aus diesen Fällen wiederkehrende Muster der Prozessgestaltung herauszuarbeiten. Im Mittelpunkt stehen strukturelle Herausforderungen, die bei der Gestaltung konsultativer Bürger:innenbeteiligung in strategischen Transformationsprozessen auftreten. Dabei geht es darum, sichtbar zu machen, welche Designfragen sich in unterschiedlichen Kontexten stellen und welche Lehren sich daraus ableiten lassen.

Die vier Fälle zeigen, dass die Qualität konsultativer Beteiligung weniger von einzelnen Formaten abhängt als von der Prozessarchitektur insgesamt. Entscheidend ist, wann Beteiligung stattfindet, welches Mandat sie besitzt, wer beteiligt wird, wie Bürger:innen-, Stakeholder- und Expert:innenwissen miteinander verbunden und in den Austausch gebracht werden. Entscheidend ist zudem, wie Ergebnisse dokumentiert und aufgearbeitet werden und ob ihre Übersetzung in Strategien und Programmdokumente nachvollziehbar geplant und umgesetzt wird.

Es lassen sich fünf wiederkehrende Herausforderungen unterscheiden: die zeitliche Kopplung von Beteiligung und Strategieentwicklung, die funktionale Verschränkung unterschiedlicher Beteiligungsarenen und Formate, die Verbindung von Reichweite, Heterogenität der Teilnehmenden und deliberativer Beratungsqualität sowie die Übersetzung von Beteiligungsergebnissen in strategische Outcomes sowie die institutionelle Anschlussfähigkeit von Beteiligung.

6.1 Zeitliche Kopplung: Beteiligung braucht politischen Anschluss

Eine zentrale Herausforderung besteht darin, Beteiligung so zu platzieren, dass sie strategische Weichenstellungen wirkungsvoll beeinflussen kann. Beteiligung verliert an Bedeutung, wenn zentrale Ziele, Leitlinien oder Maßnahmen bereits weitgehend vorstrukturiert und festgelegt sind. Zugleich reicht es nicht, Beteiligung formal früh anzusetzen, wenn unklar bleibt, in welchen politischen, administrativen oder strategischen Prozessschritt ihre Ergebnisse eingehen sollen.

Der Fall Vorarlberg zeigt, dass ein Bürger:innenrat besonders wirksam werden kann, wenn seine Ergebnisse in ein politisches Gelegenheitsfenster eingespeist werden können. Die Nähe zur Landtagswahl,

Regierungsbildung, Regierungsprogramm und Landwirtschaftsstrategie entwickelte sich zu einem zentralen Gelingensfaktor. Der Klimaschutzplan 2050 zeigt demgegenüber, dass auch ein ambitionierter Beteiligungsprozess an Transparenz und Wirksamkeit verlieren kann, wenn die spätere Verarbeitung in Ressort- und Kabinettslogiken für Teilnehmende und Öffentlichkeit nicht mehr nachvollziehbar ist.

BioökonomieREVIEW ergänzt diese Perspektive um eine regionale Strukturwandel- und Governance-Dimension. Hier ging es um die Einbindung von Bürger:innenempfehlungen in regionale Entwicklungs-, Planungs- und Strukturwandelprozesse. Die Stellungnahmen regionaler Akteure zeigen, dass Anschlussmöglichkeiten nicht nur in formalen Strategieprozessen liegen können, sondern auch in laufenden Regionalentwicklungsprozessen möglich sind. Die letztendliche Wirkung des Prozesses bleibt allerdings offen.

Der EU-Fall wiederum zeigt eine andere Form zeitlicher Kopplung. Die Konsultation über „Have your say“ war in die Better-Regulation-Architektur eingebettet und fand vor Veröffentlichung des strategischen Rahmens statt. Damit war ein formaler Anschluss an die Strategieentwicklung gegeben. Zugleich bleibt die Beteiligung auf aggregierter Ebene konsultativ: Die Beiträge konnten Themen, Problembeschreibungen und Maßnahmenprioritäten beeinflussen, ohne dass einzelne Rückmeldungen unmittelbar mit konkreten Textänderungen oder politischen Entscheidungen verknüpft wurden. Der Fall zeigt daher, dass formale Prozesskopplung wichtig ist, aber noch keine hinreichende Bedingung für transparente politische Übersetzung darstellt.

Die Designherausforderung liegt damit nicht nur im Zeitpunkt der Beteiligung, sondern in der strategischen Kopplung von Beteiligungsverfahren und Verwertung. Vor Beginn eines Beteiligungsprozesses sollte geklärt werden, wo Ergebnisse tatsächlich eingespeist werden können: in einen Strategieentwurf, eine Ressortabstimmung, ein Maßnahmenprogramm, eine Regionalplanung, eine Machbarkeitsstudie oder einen Monitoring- und Fortschreibungsprozess.

6.2 Arenenproblem: Bürger:innen-, Stakeholder- und Expert:innenwissen verschränken

Strategische Transformationsprozesse berühren unterschiedliche Wissensformen und Repräsentationslogiken. Bürger:innen bringen lebensweltliche Erfahrungen, normative Bewertungen, Alltagsperspektiven und Gemeinwohlorientierungen ein. Stakeholder verfügen über organisiertes Interessen-, Praxis- und Umsetzungswissen. Expert:innen liefern fachliche, wissenschaftliche oder technische Einschätzungen und Bewertungen. Verwaltung und Politik bringen Entscheidungswissen, Zuständigkeiten und weitere Abwägungslogiken ein.

Die Herausforderung besteht darin, diese Wissensformen weder zu vermischen noch gegeneinander auszuspielen. Sie sollten funktional unterschieden und zugleich produktiv aufeinander bezogen werden. Beteiligungsqualität entsteht nicht dadurch, dass alle Akteure in einem Format zusammengeführt werden, sondern dadurch, dass klar ist, wer welches Wissen mit welchem Mandat in welcher Phase einbringt.

Vorarlberg zeigt hier eine sequentielle Lösung auf: Landwirt:innen wurden in vorgelagerten Stakeholder-Workshops beteiligt; ihre Perspektiven wurden anschließend als Input in den Bürger:innenrat eingespeist. Der Klimaschutzplan 2050 zeigt einen anderen Weg: Bürger:innen- und Stakeholderbeteiligung wurden zunächst getrennt geführt und später über ein Delegiertengremium zusammengebracht. Diese Kopplung war innovativ, erzeugte aber auch Konflikte um Legitimität, Augenhöhe und professionelle Asymmetrien.

BioökonomieREVIEW ist für diese Designherausforderung auch aufschlussreich. Der Fall verband Lenkungsgruppe, regionale Bürgerversammlung, lokale Bürgerräte, Online-Plattform und Expert:inneninput sowie institutionelle Stellungnahmen regionaler Akteure. Dadurch wurde Bioökonomie als regionales Governance- und Strukturwandelthema bearbeitet. Gleichzeitig zeigt der Fall, dass eine solche Mehr-

Arenen-Architektur sorgfältig gesteuert werden muss: Die Lenkungsgruppe bündelt regionale, organisierte Interessen; die Bürger:innenversammlung bringt lebensweltliche Bewertungen und Empfehlungen ein; lokale Bürgerräte übersetzen dies in kommunale Entwicklungsfragen; Stellungnahmen regionaler Institutionen bilden eine nachgelagerte Bearbeitungs- und Resonanzebene.

Die EU-Konsultation ergänzt diese Befunde um eine digital-formalisierte Arenenlogik. Call for Evidence, öffentliche Konsultationsumfrage und gezielte Stakeholderworkshops sammelten unterschiedliche Formen von Rückmeldungen: strukturierte Antworten, offene Beiträge, Positionspapiere und vertiefende Workshopdiskussionen. Allerdings war die Beteiligung durch organisierte Akteure dominiert. Diese brachten vor allem Fach-, Interessen-, Regulierungs- und Umsetzungswissen ein. Bürger:innen waren demgegenüber kaum sichtbar. Der Fall zeigt damit, dass digitale Offenheit keine ausbalancierte Arenenarchitektur erzeugt. Auch portalgestützte Konsultationen brauchen eine bewusste Rollenklärung: Welche Beiträge stammen aus der organisierten Stakeholder-Landschaft, welche aus der allgemeinen Öffentlichkeit und welche Wissensform sollen sie jeweils in den Strategieprozess einbringen?

Die Designherausforderung besteht daher darin, eine klare Arenenlogik zu entwickeln. Für Strategieprozesse bedeutet dies: Bürger:innenbeteiligung sollte nicht durch Fachberatung oder Stakeholder-Dialog ersetzt werden, aber auch nicht isoliert neben diesen stehen. Vielmehr braucht es eine transparente Architektur, die die Eigenlogik unterschiedlicher Arenen wahrt und ihre Ergebnisse systematisch aufeinander bezieht.

6.3 Inklusionsproblem: Reichweite, Heterogenität und deliberative Qualität im Spannungsverhältnis

Konsultative Beteiligung steht vor der Aufgabe, möglichst viele und möglichst unterschiedliche Perspektiven und gesellschaftliche Gruppen einzubeziehen und zugleich eine hohe Beratungsqualität zu ermöglichen. Offene digitale Verfahren können Reichweite erzeugen, bleiben aber häufig selbstselektiv und in der deliberativen Qualität begrenzt. Die Zufallsauswahl kann die soziale Öffnung verbessern, garantiert aber keine Heterogenität der Teilnehmenden. Deliberative Präsenzformate wie Bürger:innenräte oder moderierte Dialoge ermöglichen intensivere Beratung, sind aber zeitaufwendig und erreichen oft nur kleinere Gruppen.

Der EU-Fall macht dieses Spannungsverhältnis besonders sichtbar. Die Konsultation war formal offen und über das Portal „Have your say“ prinzipiell für alle interessierten Bürger:innen und Stakeholder zugänglich. Empirisch dominierten jedoch organisierte Akteure. Die öffentliche Konsultation erreichte zwar eine relevante Zahl an Rückmeldungen, Bürger:innen stellten aber nur einen sehr kleinen Teil der Antworten. Der Fall zeigt damit exemplarisch: Digitale Offenheit ist nicht gleichbedeutend mit umfassender Inklusion. Wer über fachliche Vorkenntnisse, institutionelle Ressourcen, Zeit, Verbandsstrukturen oder strategisches Interesse verfügt, nutzt solche Konsultationen eher als unorganisierte Bürger:innen. Daraus folgt, dass ein Beteiligungsportal zwar Reichweite und Sichtbarkeit erzeugen kann, aber durch gezielte Ansprache, verständliche Information, moderierte Dialogformate und gegebenenfalls zufallsbasierte Bürger:innenformate ergänzt werden sollte.

Die dialogorientierten und zufallsbasierten Fälle zeigen diese Spannung in anderer Weise. In Vorarlberg wurde mit einer einfachen Zufallsauswahl gearbeitet, zugleich blieben bestimmte wichtige Merkmale wie Bildung und Migrationshintergrund in einer kleinen Gruppe nur begrenzt steuerbar. Der Zeitaufwand von eineinhalb Tagen wurde als Barriere beschrieben, aber zugleich als wichtig für die Qualität der Beratung genannt. Beim Klimaschutzplan 2050 wurden ebenfalls zufallsbasierte Verfahren genutzt; zugleich blieben spezifische Unterstützungs- und Diversitätsmechanismen aus heutiger Sicht begrenzt.

BioökonomieREVIER zeigt eine weitere Variante dieses Problems. Sowohl die regionale Bürgerversammlung als auch die kommunalen Bürgerräte wendeten die Zufallsauswahl an, um Bürger:innen jenseits organisierter Interessen einzubeziehen. Die regionale Citizens' Assembly und die kommunalen Bürgerräte orientierten sich dabei am Vorarlberger Modell und übersetzten den regionalen Transformationsrahmen in konkrete lokale Entwicklungsfragen.

Die Designherausforderung besteht darin, Reichweite, Heterogenität der Teilnehmenden und deliberative Qualität nicht gegeneinander auszuspielen. Für Strategieprozesse empfiehlt sich daher ein multimodales und zielgruppensensibles Design: digitale Informations- und Rückmeldekanäle, offene Stellungnahmen, standardisierte Befragungen, moderierte Dialogformate und gezielt rekrutierte Bürger:innenformate sollten je nach Funktion sinnvoll miteinander kombiniert werden. Entscheidend ist, die jeweilige Reichweite und Begrenzung der Formate transparent zu machen.

6.4 Übersetzungsproblem: Der Weg vom Beteiligungsergebnis zum Strategieinput

Viele Beteiligungsverfahren erzeugen dokumentierte Outputs: Empfehlungen, Protokolle, Stellungnahmen, Votings, Ergebnisberichte oder Maßnahmenvorschläge. Für die Legitimität strategischer Beteiligung ist jedoch entscheidend, ob und wie diese Outputs in politische Entscheidungen, Strategien, Maßnahmenkataloge oder Planungsprozesse übersetzt werden.

Der Klimaschutzplan 2050 zeigt diese Herausforderung sehr deutlich. Die Beteiligungsergebnisse wurden umfassend dokumentiert, wissenschaftlich begleitet und teilweise nachverfolgt. In der späteren Ressort- und Kabinettsabstimmung wurde jedoch weniger transparent, welche Vorschläge übernommen, verändert oder nicht übernommen wurden. Vorarlberg zeigt eine stärkere politische Verwertung, macht aber zugleich deutlich, dass diese stark von Timing, Promotor:innen und günstigen politischen Konstellationen abhängig war.

BioökonomieREVIER bietet hierzu einen wichtigen Befund. Die Bürger:innenempfehlungen wurden nicht nur dokumentiert, sondern regionalen Institutionen und Promotor:innen zur Stellungnahme vorgelegt. Die Stellungnahmen zeigen eine starke Resonanz: Mehrere Akteure bestätigen Anschlussfähigkeit, verweisen auf eigene Planungs- und Entwicklungsprozesse oder kündigen an, die Empfehlungen in ihre weitere Arbeit einzubeziehen. Damit wird eine Form von Responsivität sichtbar, die über Ergebnisdokumentation hinausgeht und unterstützende Schlüsselakteure strategisch einbindet. Gleichzeitig darf dieser Befund nicht überbewertet werden. Stellungnahmen belegen zunächst nur, dass Empfehlungen wahrgenommen und als anschlussfähig bewertet wurden. Sie sind weder ein Nachweis für eine Umsetzung noch für eine langfristige Wirkung. Der Fall macht daher präzise sichtbar, worin das Übersetzungsproblem besteht darin, dass zwischen dokumentierter Resonanz, angekündigter Berücksichtigung und tatsächlicher Übernahme unterschieden werden muss.

Der EU-Fall liefert hierzu einen Vergleichspunkt. Die Kommission dokumentierte die Konsultation in einem Factual Summary Report und einem Synopsis Report. Damit wird sichtbar, welche Themen, Prioritäten und Empfehlungen im Verfahren artikuliert wurden und wie diese auf aggregierter Ebene in die Strategieentwicklung eingeflossen sind. Das finale Strategiedokument verweist ausdrücklich auf die Konsultationsergebnisse und greift mehrere dort artikuliert Themen auf, etwa regulatorische Vereinfachung, Finanzierung, Leitmärkte, nachhaltige Biomasseversorgung und internationale Positionierung. Zugleich bleibt auch hier die Response-Logik begrenzt: Nachvollziehbar ist vor allem, welche Themencluster berücksichtigt wurden, nicht aber systematisch, wie einzelne Beiträge geprüft, gewichtet, übernommen, verändert oder verworfen wurden. Der Fall zeigt damit eine sinnvolle Mindeststruktur öffentlicher Konsultationsdokumentation auf, aber zugleich den Bedarf an noch präziseren Response-Formaten, wenn Beteiligungsergebnisse für Teilnehmende und Öffentlichkeit nachvollziehbar übersetzt werden sollen.

Die Designherausforderung besteht darin, die Übersetzungsleistung nicht allein dem politischen oder administrativen Nachgang zu überlassen. Sie muss als eigener Prozessschritt geplant werden: mit Abwägungskriterien, Rückmeldung, transparenter Begründung und möglichst einer Response-Logik. Für Strategieprozesse bedeutet dies, dass nicht nur Beteiligungsergebnisse veröffentlicht werden sollten, sondern auch nachvollziehbar gemacht werden muss, wie mit ihnen weitergearbeitet wurde.

6.5 Institutionalisierungsproblem: Beteiligung ist oft kein einmaliges Ereignis

Strategische Transformationsprozesse sind langfristig, konflikträchtig und auf Anpassungs- und Lernfähigkeit angewiesen. Beteiligung sollte daher nicht nur als einmalige Konsultation, sondern als kontinuierlicher Lernprozess im Sinne eines langfristigen Transition Managements verstanden werden (Loorbach 2010). Entscheidend ist, ob und inwieweit die Erfahrungen mit den Verfahren auf die Praxis der Verwaltung, Politik, Monitoring, Fortschreibung oder spätere Beteiligungsprozesse zurückwirken.

Der Fall Vorarlberg zeigt institutionelle Lernwirkungen für die Beteiligungspraxis des Landes. Der Bürger:innenrat wurde zu einem strategischen Lernfall, insbesondere im Hinblick auf die frühzeitige Klärung politischer Verwertungsmöglichkeiten. Beim Klimaschutzplan 2050 hinterließ der Prozess einen „prozeduralen Fußabdruck“ im zuständigen Ministerium und wurde zu einem Referenzfall für spätere Bürger:innenbeteiligung auf der Bundesebene. In beiden Fällen ist der unmittelbare fachpolitische Einfluss einzelner Vorschläge schwieriger nachzuweisen als der prozedurale und institutionelle Lerneffekt.

BioökonomieREVIEW zeigt Institutionalisierung in einer anderen Form. Der Fall war in den regionalen Strukturwandel eingebettet. Institutionelle Anschlussfähigkeit entstand nicht über politische Beschlüsse, sondern über Lenkungsgruppenarbeit, regionale Akteursnetzwerke, Stellungnahmen, kommunale Anschlussprojekte, Entwicklungsgesellschaften und mögliche Folgeprozesse. Der Bürgerrat Erkelenz zeigt dies exemplarisch: Die Ergebnisse sollten in eine kommunale Machbarkeitsstudie zur Umgestaltung des Gewerbegebiets Erkelenz Ost einfließen. Auch hier bleibt zu prüfen, in welchem Umfang dies tatsächlich geschah; der Fall zeigt aber, dass Beteiligung in regionalen Transformationsprozessen unterschiedliche institutionelle Andockpunkte haben kann.

Die EU-Konsultation zeigt Institutionalisierung auf einer anderen Ebene. Sie war in die etablierte Better-Regulation-Architektur eingebettet: Call for Evidence, öffentliche Konsultation, gezielte Workshops, Factual Summary Report, Synopsis Report und finale Veröffentlichung der Strategie bilden eine robuste Prozesskette. Gleichwohl entsteht daraus keine dauerhaft für Bürger:innen offene Struktur. Die institutionelle Stärke des Falls liegt vor allem in Standardisierung, Dokumentation und strategischer Einbettung, weniger in kontinuierlicher deliberativer Rückkopplung mit Bürger:innen. Daraus folgt: Ein Portal und eine gute Dokumentationslogik sind wichtige Bausteine, sollten aber durch wiederkehrende Lern-, Dialog- und Review-Formate ergänzt werden.

Die Designherausforderung besteht darin, Beteiligung nicht nur bis zur Veröffentlichung eines Strategiepapiers zu denken, sondern als Bestandteil lernender, permanenter Strukturen zur Strategieentwicklung: mit Rückkopplung, Evaluation, Monitoring, Fortschreibung und klaren institutionellen Zuständigkeiten. Beteiligung kann dann nicht nur einzelne Entscheidungen beeinflussen, sondern auch Verfahren, Routinen und Governance-Praktiken verändern.

Insgesamt zeigen die fünf Designherausforderungen, dass konsultative Bürger:innenbeteiligung in strategischen Transformationsprozessen von der Qualität der Prozessarchitektur abhängt. Beteiligung muss zeitlich und politisch-administrativ anschlussfähig sein, unterschiedliche Beteiligungsarenen funktional unterscheiden und verbinden, Zugang, Inklusion und Beratungsqualität zusammendenken, Ergebnisse nachvollziehbar übersetzen und in längerfristige Lern- und Umsetzungsprozesse eingebettet werden.

Diese Herausforderungen bilden die Grundlage für die im folgenden Abschnitt entwickelten Designfragen und Designprinzipien.

6.6 Designfragen und Designprinzipien

Die in Kapitel 6.1 bis 6.5 herausgearbeiteten Designherausforderungen zeigen, dass konsultative Bürger:innenbeteiligung in Strategieprozessen komplex ist und verschiedene Formate integriert werden. Entscheidend ist dabei die Prozessarchitektur und deren Gestaltung: Beteiligung muss zeitlich anschlussfähig sein, unterschiedliche Arenen und Wissensformen geordnet aufeinander beziehen sowie Zugang, Inklusion und Beratungsqualität zusammendenken. Die Ergebnisse sollten nachvollziehbar übersetzt und Beteiligung in längerfristige Lern- und Fortschreibungsprozesse eingebettet sein.

Aus diesen Herausforderungen lassen sich Designfragen ableiten, die für die Planung einer Bürger:innenkonsultation leitend sein können. Diese Fragen übersetzen die empirischen Befunde in eine handhabbare Planung. Diese Designprinzipien sind als grobe Orientierungen für die Ausgestaltung eines individuell angepassten Beteiligungsprozesses zu verstehen.

Tabelle 4: Designherausforderungen, Designfragen und Designprinzipien konsultativer Beteiligung, eigene Darstellung

Designherausforderung	Leitenden Designfrage	Designprinzip
Zeitliche Kopplung	Zu welchem Zeitpunkt kann Beteiligung strategische Weichenstellungen beeinflussen?	Beteiligung an konkrete politische und administrative Verwertungsfenster koppeln.
Arenen verbinden	Wer bringt welches Wissen mit welchem Mandat in welcher Phase des Prozesses ein?	Bürger:innen-, Stakeholder-, Expert:innen- und Verwaltungsarenen funktional unterscheiden und systematisch verschränken.
Inklusionsproblem	Wie lassen sich die öffentliche Reichweite, Heterogenität der Teilnehmenden und Beratungsqualität verbinden?	Wahl eines multimodalen und zielgruppensensiblen Prozessdesigns.
Übersetzungsproblem	Wie werden die Ergebnisse geprüft, abgewogen und in Strategieentwicklung übersetzt?	Eine transparente Response- und Abwägungslogik verbindlich organisieren.
Institutionalisierungsproblem	Wie bleibt Beteiligung über der einzelnen Konsultation hinaus lernfähig?	Beteiligung in Monitoring, Fortschreibung und institutionelle Lernprozesse einbetten.

Beteiligung an Verwertung koppeln

Die erste Designfrage lautet, wann Bürger:innenbeteiligung im Strategieprozess geplant werden sollte. Beteiligung ist besonders anschlussfähig, wenn sie weder zu spät noch zu unbestimmt erfolgt. Zu spät ist es, wenn Ziele, Leitlinien und Maßnahmen bereits politisch oder administrativ weitgehend festgelegt sind. Zu unbestimmt ist es, wenn Bürger:innen ohne erkennbare Grundlage oder ohne klare Einflussmöglichkeit in Beratungen gebracht werden.

Für Strategieprozesse ergibt sich daraus das Prinzip, Beteiligung an konkrete Verwertungen und Zeitfenster zu koppeln. Solche *Windows of Opportunity* können ein erster Strategieentwurf, die Priorisierung von Handlungsfeldern, die Entwicklung von Maßnahmen, eine Ressortabstimmung, eine Kabinettsbefassung oder eine spätere Fortschreibung oder weitere Aktualisierungen sein. Entscheidend ist, dass vor Beginn der Beteiligung geklärt wird, in welchen Prozessschritt die Ergebnisse eingespeist werden.

Beteiligungsarenen unterscheiden und verschränken

Die zweite Designfrage betrifft die Rollen unterschiedlicher Akteursgruppen. Bioökonomie berührt technologische, ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Themen und Zielkonflikte. Deshalb ist es nicht zielführend, Bürger:innen, Stakeholder, Expert:innen, Verwaltung und Politik undifferenziert in einem

Format zu konsultieren. Diese Gruppen bringen unterschiedliche Wissensformen und Legitimationslogiken und auch Beratungskompetenzen und strategische Interessen ein (vgl. Kamlage und Warode 2016: 6 ff.).

Daraus folgt das Prinzip einer differenzierten Arenenarchitektur. Bürger:innenformate sollten lebensweltliche Perspektiven, Alltagserfahrungen, Gerechtigkeitsfragen und gesellschaftliche Anschlussbedingungen sichtbar machen. Stakeholder-Formate bündeln organisiertes Interessen-, Praxis- und Umsetzungswissen. Expert:innenformate liefern überwiegend fachliche, wissenschaftliche und technische Einschätzungen. Verwaltung und Politik übernehmen Abwägung, Zuständigkeit und letzten Endes die Entscheidungen sowie deren Begründungen.

Multimodales und zielgruppensensibles Prozessdesign wählen

Diese Designfrage betrifft das Verhältnis von Reichweite, Heterogenität der Teilnehmenden und deliberativer Beratungsqualität. Kein einzelnes Format kann alle Anforderungen zugleich erfüllen. Offene digitale Verfahren können viele Menschen erreichen, bleiben aber häufig selbstselektiv, die Zufallsauswahl kann soziale Öffnung verbessern, garantiert aber keine vollständige Heterogenität der Teilnehmenden. Deliberative Formate ermöglichen vertiefte Beratung, sind aber ressourcenintensiv und erreichen oft nur kleinere Gruppen.

Daraus folgt das Prinzip eines multimodalen und zielgruppensensiblen Designs. Digitale Information und Kommentierung, standardisierte Befragungen, offene Stellungnahmen, moderierte Dialogformate und gezielt rekrutierte, deliberative Bürger:innenformate sollten nicht konkurrieren, sondern unterschiedliche Funktionen erfüllen.

Response- und Abwägungslogik verbindlich organisieren

Eine weitere Designfrage betrifft den Übergang von den Ergebnissen zu Strategieentscheidungen. Beteiligungsverfahren erzeugen beispielsweise Empfehlungen, Kommentare, Stellungnahmen oder Bewertungen. Für die Legitimität des Verfahrens ist jedoch entscheidend, ob und inwieweit nachvollziehbar wird, wie diese Beiträge geprüft, abgewogen, übernommen, verändert oder nicht übernommen wurden.

Daraus folgt das Prinzip einer verbindlichen Response- und Abwägungslogik. Diese sollte nicht erst nach Abschluss der Beteiligung entwickelt werden, sondern bereits vor Beginn des Prozesses feststehen.

Beteiligung in lernende Strategiearbeit einbetten

Die letzte Designfrage betrifft die Verstetigung. Bioökonomie ist kein abgeschlossener und statischer Politikbereich, sondern ein dynamisches, sektorenübergreifendes, inter- und transdisziplinäres Transformationsfeld. Zielkonflikte, technologische Optionen, Marktbedingungen, ökologische Grenzen und gesellschaftliche Erwartungen verändern sich stetig. Beteiligung sollte deshalb nicht mit der Veröffentlichung einer Strategie enden, sondern als wiederkehrenden, reflexiven und lernenden Prozess betrachten.

Daraus folgt das Prinzip, Beteiligung in lernende Strategiearbeit einzubetten. Dies kann über Monitoring, Fortschrittsberichte, Review-Zeitpunkte, erneute Konsultationen, Sounding Boards, Resonanzgruppen oder begleitende Evaluationsformate erfolgen. Entscheidend ist, dass Beteiligung nicht als einmaliges Ereignis verstanden wird, sondern als Bestandteil eines wiederkehrenden Lern- und Fortschreibungsprozesses.

Die Designprinzipien verdichten die Fallbefunde zu einer Planungslogik für konsultative Bürger:innenbeteiligung in strategischen Transformationsprozessen.

Diese Prinzipien bilden die Grundlage für die folgenden Handlungsempfehlungen für NRW.

7. Handlungsempfehlungen für NRW

Die Empfehlungen übersetzen die Designprinzipien in Anforderungen an einen konsultativen Beteiligungsprozess zur Entwicklung von Bioökonomiestrategien in NRW. Sie eignen sich darüber hinaus als Gestaltungsrahmen für vergleichbare Prozessplanungen. Im Zentrum steht die Frage, wie Bürger:innenperspektiven, Stakeholderwissen, fachliche Expertise und politisch-administrative Abwägung so miteinander verbunden werden können, dass die Strategieentwicklung transparenter, responsiver und gesellschaftlich anschlussfähiger wird.

Für NRW ist dabei wichtig, dass ein Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung in bestehende Strukturen eingebettet ist. Mit dem Bioökonomierat NRW besteht eine fachlich hochwertige Beratungs- und Resonanzstruktur. Zudem steht mit dem NRW-Beteiligungsportal eine digitale Infrastruktur zur Verfügung, die für Information, Aktivierung, digitale Rückmeldung und Ergebnisdokumentation genutzt werden kann. Die zentrale Gestaltungsaufgabe besteht darin, bestehende Fachberatung, digitale Beteiligungsinfrastruktur, Bürger:innenformate sowie Stakeholderprozesse und politisch-administrative Übersetzungsprozesse sinnvoll miteinander zu koppeln.

Aus den Fallanalysen und den Designprinzipien ergeben sich sechs Empfehlungskomplexe:

1. das NRW-Beteiligungsportal als zentralen Hub nutzen,
2. Konsultation frühzeitig und strategisch wirksam koppeln,
3. Beteiligungsarenen differenziert und aufeinander abgestimmt aufbauen,
4. Reichweite, Zugang, Inklusion und Informationsqualität sichern,
5. Übersetzung und Responsivität verbindlich und transparent organisieren,
6. Beteiligung verstetigen und lernfähig machen.

7.1 Das NRW-Beteiligungsportal als zentralen Hub nutzen, aber nicht überfrachten

Das NRW-Beteiligungsportal (beteiligung.nrw.de)⁵ eignet sich als zentraler öffentlicher Zugangspunkt für den Beteiligungsprozess. Es kann genutzt werden, um Bürger:innen über Anlass, Ziele, Zeitplan, Veranstaltungen, Beteiligungsmöglichkeiten, Dokumente und Ergebnisse zu informieren. Zudem kann es ein digitales, nicht-repräsentatives Stimmungsbild einholen und nachgelagerte Transparenz über Ablauf, Beiträge, Auswertung und Ergebnisse herstellen.

Seine Stärken liegen damit vor allem in vier Funktionen:

- **Information:** Bereitstellung von Strategieentwurf, Kurzfassung, FAQ, Hintergrundmaterialien und Visualisierungen.
- **Aktivierung:** Sichtbarkeit des Prozesses und niedrigschwelliger Zugang zu Beteiligungsmöglichkeiten.
- **Rückmeldung:** digitale Kommentierung, standardisierte Befragungen, Priorisierung oder offene Hinweise.
- **Dokumentation:** öffentliche Darstellung von Ablauf, Beiträgen, Auswertung und Ergebnissen.

Für deliberative dialogorientierte Präsenzformate mit aktiver Moderation ist das Portal nur begrenzt geeignet. Die digitale Selbstselektion erschwert eine gezielte Zugangssteuerung, etwa zur Erreichung

⁵ Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Kurzstudie fand auf dem Beteiligungsportal NRW die vom 22. Juni bis zum 31. Juli 2026 laufende Online-Konsultation „Bioökonomie-Strategie NRW: Auf dem Weg in eine resiliente Zukunft“ statt. Online unter: https://beteiligung.nrw.de/portal/wirtschaft_nrw/beteiligung/themen/1027497

unterrepräsentierter Gruppen. Zudem ersetzt ein Portal keine moderierten Beratungen, in denen komplexe Themen und Zielkonflikte der Bioökonomie gemeinsam beraten und abgewogen werden können.

Das Portal sollte als öffentliche Infrastruktur verstanden werden. Es bildet den digitalen Rahmen ab, sollte aber durch dialogorientierte Präsenzformate, hybride, moderierte und zielgruppenspezifische Formate ergänzt werden.

Kernempfehlung:

Das NRW-Beteiligungsportal sollte als zentraler Hub für Information, digitale Rückmeldung und Transparenz genutzt werden. Für deliberative Qualität, gezielte Inklusion und die Bearbeitung komplexer Zielkonflikte braucht es ergänzende Beteiligungsformate.

7.2 Konsultation frühzeitig und strategisch wirksam koppeln

Je weiter ein Strategieprozess fortgeschritten ist, desto wichtiger wird eine präzise Bestimmung der verbleibenden Verwertungsfenster: etwa bei Strategien, Umsetzungsprogrammen, Maßnahmenpriorisierung, Monitoring, regionalen Konkretisierungen oder späteren Fortschreibungen. Zugleich ist die Konsultation auf einen erkennbaren Gegenstand angewiesen, auf den sich die Beteiligung beziehen kann. Für NRW bietet sich daher ein Zeitpunkt an, an dem ein erster Strategieentwurf, zentrale Handlungsfelder oder Maßnahmenkorridore vorliegen, diese aber noch veränderbar sind.

Sinnvoll wäre eine Prozesslogik nach dem folgenden Muster:

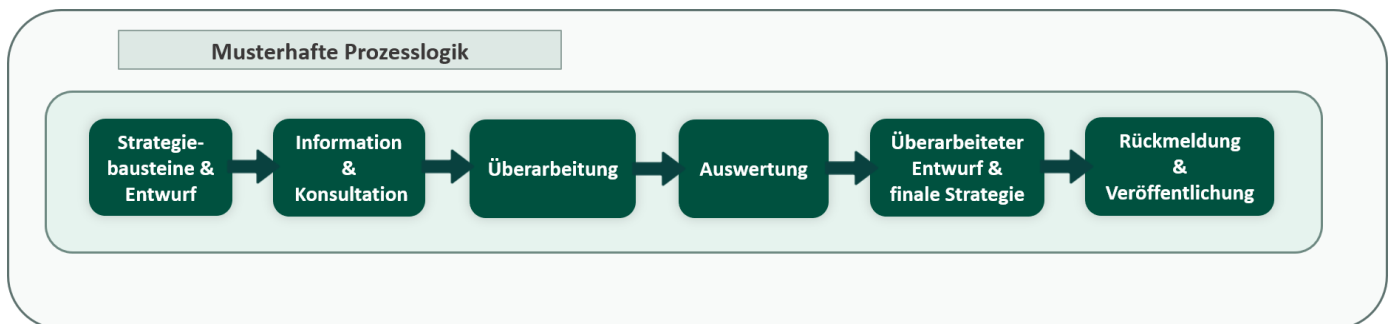


Abbildung 7: Musterhafte Prozesslogik, eigene Darstellung

Entscheidend ist ein klar definiertes Mandat. Zu Beginn des Beteiligungsprozesses sollte öffentlich kommuniziert werden:

- welche Teile der Strategie konsultierbar sind,
- welche Fragen bereits politisch oder fachlich gesetzt sind,
- welche Gestaltungsspielräume bestehen,
- welche Kriterien die spätere Abwägung leiten,
- wie die Ergebnisse in den weiteren Strategieprozess eingespeist werden.

Die Funktionen der Konsultation können je nach Prozessphase unterschiedlich sein: Qualitätssicherung eines Entwurfs, Identifikation kritischer Punkte und Bedenken, Priorisierung von Maßnahmen, Sichtbarmachung von Zielkonflikten oder Erstellung eines qualifizierten Meinungsbildes.

Für die Bioökonomiestrategie NRW bedeutet dies: Beteiligung sollte nicht als nachgelagerte Kommentierung eines fertigen Dokuments angelegt werden. Sinnvoller wäre eine Kopplung an einen ersten Entwurf oder an klar benannte strategische Bausteine, bevor politische Festlegungen, Ressortabstimmungen oder Kabinettsbefassungen abgeschlossen sind.

Kernempfehlung:

NRW sollte die Konsultation an ein konkretes politisches und administratives Verwertungsfenster koppeln – etwa an die Überarbeitung eines ersten Strategieentwurfs, die Priorisierung von Maßnahmen, die Vorbereitung einer ressortübergreifenden Abstimmung oder die Einholung von Feedback zu konkreten Umsetzungen wie z.B. Aktionsplänen.

7.3 Beteiligungsarenen differenziert aufbauen

Die Bioökonomie berührt unterschiedliche Wissensformen, Interessenlagen und normative Bewertungsfragen. Deshalb sollte der Beteiligungsprozess nicht alle Gruppen in ein einziges Format integrieren. Bürger:innen, Stakeholder, Expert:innen, Verwaltung und Politik erfüllen unterschiedliche Funktionen im Strategieprozess.

Für NRW empfiehlt sich eine funktional differenzierte Beteiligungsarchitektur:

- **Bürger:innenformate** erfassen lebensweltliche Perspektiven, Bewertungen, Alltagswissen, Zielkonfliktwahrnehmungen und Gerechtigkeitsfragen.
- **Stakeholder-Formate** bündeln organisiertes Interessen-, Praxis- und Umsetzungswissen aus Wirtschaft, Landwirtschaft, Umweltverbänden, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft.
- **Expert:innenformate** liefern fachliche, technologische, ökologische, ökonomische und rechtliche Einschätzungen.
- **Fach- und Resonanzgremien**, insbesondere der Bioökonomierat NRW, können strategische Plausibilisierung, fachliche Einordnung und Rückbindung an bestehende Wissens- und Akteursbestände leisten.
- **Verwaltungs- und politische Arenen** übernehmen Abwägung, Übersetzung, Zuständigkeit, Entscheidung und politische Begründung.

Wichtig ist, diese Arenen nicht unverbunden nebeneinanderzustellen. Ihre Ergebnisse sollten in einer gemeinsamen Auswertungs- und Übersetzungslogik aufeinander bezogen werden. Dabei muss transparent bleiben, welches Wissen aus welcher Arena stammt und welche Funktion es im Strategieprozess erfüllt.

Der Bioökonomierat NRW dient in dieser Logik als Ergänzung der Bürger:innenbeteiligung. Er erfüllt eine andere Funktion: fachliche Reflexion, strategische Beratung und Plausibilisierung. Bürger:innenbeteiligung ergänzt diese Perspektive, indem sie lebensweltliche Erfahrungen, gesellschaftliche Zielkonfliktwahrnehmungen, Gerechtigkeitsfragen und Anschlussbedingungen sichtbar macht.

Kernempfehlung:

NRW sollte Bürger:innen-, Stakeholder-, Expert:innen- und Fachgremienbeteiligung klar unterscheiden, aber über ein gemeinsames Prozessdesign miteinander verschränken. Der Bioökonomierat sollte als Fach- und Resonanzarena eingebunden werden; das Beteiligungsportal sollte als Hub genutzt werden, aber nicht als alleinige Beteiligungsarchitektur.

7.4 Reichweite, Inklusion und Informationsqualität sichern

Bioökonomie ist ein komplexes und erklärungsbedürftiges Themenfeld. Beteiligung kann daher nur dann sinnvoll funktionieren, wenn Bürger:innen verständliche, ausgewogene und zugängliche Informationen erhalten. Zugleich muss der Prozess so gestaltet werden, dass nicht nur ohnehin interessierte, organisierte oder gut informierte Gruppen erreicht werden.

Für NRW empfiehlt sich ein multimodales Prozessdesign, das digitale und analoge Elemente kombiniert:

- eine gut zugängliche Online-Plattform mit Kurzfassung, Hintergrundinformationen, FAQ, Visualisierungen und Kommentarfunktion,
- standardisierte Rückmeldemöglichkeiten, etwa Befragungen oder Priorisierung von Themen,
- offene schriftliche Stellungnahmen,
- moderierte Präsenz- oder Hybridformate,
- gezielt rekrutierte Bürger:innenformate für vertiefte Beratung,
- zielgruppenspezifische Ansprache, etwa für junge Menschen, Personengruppen in ländlichen Räumen, oder bislang wenig beteiligte Bevölkerungsgruppen.

Dabei sollten Barrieren aktiv adressiert werden: Sprache, Zeitfenster, Ort, digitale Zugänglichkeit, Mobilität, Barrierefreiheit, Verständlichkeit der Materialien und gegebenenfalls unterstützende Maßnahmen wie Aufwandsentschädigung, Kinderbetreuung oder Reisekostenerstattung. Zufallsauswahl oder gezielte Rekrutierung können helfen, Selbstselektion zu reduzieren, müssen aber durch solche Unterstützungsmaßnahmen flankiert werden.

Besonders wichtig ist die Informationsqualität. Die Materialien sollten neben Zielen und Chancen der Bioökonomie auch zentrale Zielkonflikte sichtbar machen.

Das NRW-Beteiligungsportal kann hier eine wichtige Rolle spielen, wenn es als Informationsraum mit verständlichen und ausgewogenen Informationen genutzt wird. Dazu gehören Kurzfassungen, Visualisierungen, Hintergrundpapiere, FAQ, Hinweise zu Zielkonflikten und klare Angaben dazu, wozu die Beteiligung dient.

Kernempfehlung:

NRW sollte breite digitale Erreichbarkeit mit vertiefenden, moderierten und möglichst inklusiven Dialogformaten verbinden. Beteiligung braucht verständliche Informationen, aber auch eine transparente Darstellung von Zielkonflikten.

7.5 Übersetzung und Responsivität verbindlich organisieren

Die zentrale Qualitätsfrage ist, ob nachvollziehbar wird, wie Beiträge geprüft, abgewogen und in den Strategieprozess übersetzt werden. Ohne erkennbare Übersetzungslogik droht Beteiligung als symbolische Anhörung wahrgenommen zu werden.

Für NRW sollte daher vor Beginn des Beteiligungsprozesses festgelegt werden, wie mit Rückmeldungen umgegangen wird. Dazu gehören:

- ein Konsultationsbericht,
- eine systematische Bündelung der Beiträge,
- transparente Abwägungskriterien,
- eine Response-Matrix oder vergleichbare Rückmeldelogik,
- ein Änderungslog zwischen Strategieentwurf und finaler Fassung,
- eine Begründung, welche Punkte übernommen, teilweise übernommen oder nicht übernommen wurden,
- eine öffentliche Rückmeldung an Teilnehmende und interessierte Öffentlichkeit.

Dabei sollte transparent kommuniziert werden, dass Bürger:innenbeteiligung keine Mitentscheidung bedeutet. Die Beiträge fließen in politische und administrative Abwägungen ein, werden aber nicht automatisch übernommen. Gerade deshalb braucht es eine transparente Begründungslogik.

Für eine ressortübergreifende Bioökonomiestrategie ist dieser Punkt besonders wichtig. Viele relevante Zielkonflikte liegen nicht nur in einem Fachressort, sondern berühren Landwirtschaft, Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft, Kommunen, Raumordnung und Verbraucherschutz. Die Übersetzungsleistung muss daher auch ressortübergreifend organisiert werden.

Das NRW-Beteiligungsportal sollte nicht nur zur Sammlung von Beiträgen dienen, sondern auch zur Dokumentation der weiteren Verarbeitung genutzt werden. Falls das Portal selbst keine integrierte Response-Funktion bietet, sollte die Auswertung außerhalb erstellt und über das Portal sichtbar veröffentlicht werden.

Kernempfehlung:

NRW sollte eine verbindliche Response-Logik einführen, die öffentlich sichtbar macht, wie Beteiligungsergebnisse geprüft, abgewogen und in Strategie, Maßnahmen oder Begründungen übersetzt werden.

7.6 Beteiligung verstetigen und lernfähig machen

Bioökonomie ist kein abgeschlossener Politikbereich, sondern ein dynamisches Transformationsfeld. Zielkonflikte, technologische Entwicklungen, Marktbedingungen, ökologische Grenzen und gesellschaftliche Erwartungen verändern sich. Deshalb sollte Beteiligung nicht mit der Veröffentlichung der Strategie enden.

Für NRW empfiehlt es sich, Beteiligung als Bestandteil lernender Strategiearbeit zu verstehen. Dazu können gehören:

- ein begleitendes Sounding Board oder eine Resonanzgruppe,
- definierte Review-Zeitpunkte, etwa nach 12 oder 24 Monaten,
- ein öffentlich zugänglicher Fortschrittsbericht,
- Monitoring ausgewählter Maßnahmen,
- Evaluation der Beteiligungsqualität,
- erneute Konsultationen bei größeren Fortschreibungen,
- Rückkopplung an Bürger:innen, Stakeholder, Bioökonomierat und Öffentlichkeit.

Wichtig ist zudem eine klare Verwaltungsintegration. Beteiligung darf nicht als externe Parallelstruktur organisiert werden, deren Ergebnisse später nur schwer in Fachprozesse einfließen. Es braucht ein Kernteam oder Steuerungsgremium mit klaren Rollen: fachliche Federführung, Beteiligungscoordination, Kommunikation, Portalbetreuung, Auswertung, Datenschutz und politische Übersetzung.

Auch Ressourcen müssen realistisch geplant werden. Gute Beteiligung braucht Zeit, Personal, Moderation, Auswertungskapazität, Kommunikation und Datenschutz. Insbesondere digitale Formate erfordern DSGVO-konforme Datenerhebung, transparente Einwilligung, Anonymisierung und klare Regeln zur Veröffentlichung von Beiträgen oder Protokollen.

Kernempfehlung:

NRW sollte Beteiligung nicht als einmaliges Ereignis, sondern als wiederkehrendes Element der Strategieumsetzung, Evaluation und Fortschreibung verankern.

7.7 Zusammenfassendes Prozessmodell für NRW

Aus den Empfehlungen ergibt sich ein mögliches Prozessmodell für eine konsultative Beteiligungsarchitektur zur Bioökonomiestrategie NRW:

Tabelle 5: Prozessmodell konsultativer Beteiligungsarchitektur, eigene Darstellung

Phase	Zentrale Aufgaben	Rolle des NRW-Beteiligungsportals	Ergebnisse
1. Interne Klärung	Mandat, Spielräume, Zeitplan, Zuständigkeiten und Abwägungskriterien klären	Ankündigung vorbereiten	Beteiligungs- und Kommunikationsplan
2. Information und Aktivierung	Strategiebausteine, Kurzfassung, FAQ, Zielkonflikte und Beteiligungsmöglichkeiten öffentlich machen	zentraler Informationshub	Webseite/Portal, Materialien, Termine
3. Konsultation	Digitale Rückmeldungen, Befragungen, Stellungnahmen und Dialogformate durchführen	Kommentierung, Befragung, Dokumentation	dokumentierte Beiträge und Empfehlungen
4. Auswertung und Übersetzung	Beiträge bündeln, fachlich prüfen, abwägen und in Strategieentwurf überführen	Veröffentlichung von Auswertung/Response-Dokumenten	Konsultationsbericht, Response-Matrix, Änderungslog
5. Veröffentlichung und Rückkopplung	Finalen Strategieentwurf und Umgang mit Beteiligungsergebnissen erklären	öffentlicher Rückmelde- und Dokumentationsort	finale Strategie, Rückmeldung
6. Monitoring und Fortschreibung	Umsetzung beobachten, Lernprozesse sichern, spätere Konsultationen vorbereiten	Fortschrittsberichte, Review-Informationen	Monitoring, Review, Folgeformate

Dieses Modell beschreibt zentrale Mindestanforderungen an eine konsultative Beteiligungsarchitektur, die an die konkreten Planungen angepasst werden sollte.

8. Fazit

Die Studie zeigt, dass ambitionierte konsultative Bürger:innenbeteiligung zur Entwicklung von Bioökonomiestrategien bislang nur wenig zur Anwendung und noch seltener dokumentiert wurde. Es dominieren Fachgremien, Expert:innen- und Stakeholderformate und Informationsangebote sowie offene digitale Rückmeldekanäle der Öffentlichkeitskommunikation. Dialogorientierte Bürger:innenverfahren mit klarem Mandat, nachvollziehbarer Ergebnisverarbeitung und politischer Rückkopplung stellen dagegen die Ausnahme dar.

Aus den analysierten Fällen ergibt sich ein zentraler Befund: Die demokratische Qualität konsultativer Beteiligung hängt weniger vom einzelnen Format ab als von der sorgfältigen Gestaltung der gesamten Prozessarchitektur. Entscheidend ist, wann Beteiligung stattfindet, welches Mandat sie besitzt, wer beteiligt wird, wie Bürger:innen-, Stakeholder- und Expert:innenwissen aufeinander bezogen werden und wie Ergebnisse dokumentiert, geprüft, abgewogen und letztlich in Strategieprozesse übersetzt werden.

Für die Entwicklung von Bioökonomiestrategien in NRW bedeutet dies, Beteiligung weniger als nachgelagerte Kommentierung oder als Akzeptanzinstrument zu verstehen, sondern als Bestandteil einer kontinuierlichen, lernenden Strategieentwicklung. Mit dem NRW-Beteiligungsportal und dem Bioökonomierat NRW bestehen bereits wichtige Bausteine einer hochwertigen Konsultationsarchitektur. Ihre Wirkung hängt jedoch davon ab, ob sie in eine kohärente Beteiligungsarchitektur eingebettet werden: mit transparentem Mandat, realistischen Verwertungsfenstern, differenzierten Arenen, verständlicher Information, aktiv gestalteter Inklusion und verbindlicher Response-Logik.

Zugleich zeigt die Analyse die Grenzen der verfügbaren Evidenz. Langfristige Wirkungen von Beteiligung auf Strategien, Umsetzung und gesellschaftliche Akzeptanz lassen sich in der Regel nur schwer nachweisen. Umso wichtiger ist es, Beteiligung von Beginn an so zu planen, dass ihre Ergebnisse nachvollziehbar verarbeitet und ihre Wirkungen überprüfbar werden. Eine zukunftsfähige Bioökonomiestrategie sollte Beteiligung daher nicht als einmaliges Verfahren, sondern als wiederkehrendes Element von Monitoring, Evaluation und Fortschreibung verankern.

Literaturverzeichnis

- Amt der Vorarlberger Landesregierung (Hg.) (o. J.): Vorarlberg wird besser. Wir brauchen alle. Impuls für eine Beteiligungsstrategie des Landes Vorarlberg. Bregenz. Online verfügbar unter <https://vorarlberg.at/documents/302033/472653/Beteiligungsstrategie.pdf/41477769-5844-8e30-0ecc-7c65bf60a1e5?t=1679917296600>, zuletzt geprüft am 02.12.2025.
- Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder Of Citizen Participation. In: *Journal of the American Institute of Planners* 35 (4), S. 216–224. DOI: 10.1080/01944366908977225.
- Beetham, David (1991): *The Legitimation of Power*. Houndmills, Basingstoke, Hampshire RG21 2XS and London: Macmillan Education UK. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/book/10.1007/978-1-349-21599-7>, zuletzt geprüft am 10.06.2026.
- Beierle, Thomas C.; Cayford, Jerry (2002): *Democracy in Practice. Public Participation in Environmental Decisions*. Washington, DC: Resources for the Future. Online verfügbar unter <https://www.routledge.com/Democracy-in-Practice-Public-Participation-in-Environmental-Decisions/ThomasCBeierle/p/book/9781891853548>, zuletzt geprüft am 15.06.2026.
- Biber-Freudenberger, Lisa; Basukala, Amit Kumar; Bruckner, Martin; Börner, Jan (2018): Sustainability Performance of National Bio-Economies. In: *Sustainability* 10 (8), S. 2705. DOI: 10.3390/su10082705.
- BioökonomieREVIER (Hg.) (o. D.): Evaluationsbericht Auftaktversammlung Bürgerversammlung BioökonomieREVIER. (FKZ 031B0863B). o. O.
- BMUKN (o. J.): Bürgerreport. Bürgerdialog zum Klimaschutzplan 2050. Hg. v. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUKN). o. O. Online verfügbar unter https://www.bundesumweltministerium.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/buergerreport_klimaschutzplan_bf.pdf, zuletzt geprüft am 24.02.2026.
- Bohn, Carolin; Fuchs, Doris; Hasenkamp, Victoria; Siepker, Lena (2023): Citizens Shaping Complex Technological Issues? Participatory Processes in Bioeconomic and Biotechnological Contexts. In: *Polit Vierteljahresschr* 64 (4), S. 801–823. DOI: 10.1007/s11615-023-00510-1.
- BÖR (2018): Bioeconomy Policy (Part III). Update Report of National Strategies around the World. A report from the German Bioeconomy Council. Hg. v. Bioökonomierat (BÖR). Berlin. Online verfügbar unter <https://www.biooekonomierat.de/media/pdf/archiv/international-bioeconomy-policy-part-III.pdf>, zuletzt geprüft am 15.06.2026.
- Bryson, John M.; Quick, Kathryn S.; Slotterback, Carissa Schively; Crosby, Barbara C. (2013): Designing Public Participation Processes. In: *Public Administration Review* 73 (1), S. 23–34. DOI: 10.1111/j.1540-6210.2012.02678.x.
- Büro für Zukunftsfragen (BfZ) (2019): Bürgerrat "Zukunft Landwirtschaft". Dokumentation. Herbst 2019. Hg. v. Landesregierung Vorarlberg. Bregenz. Online verfügbar unter <https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/Dokumentation+Bürgerrat+Landwirtschaft.pdf/cafe7e747-634e-9fd8-f19c-d1a712570c6e?t=1616153051471>, zuletzt geprüft am 02.12.2025.
- Cooke, Bill; Kothari, Uma (Hg.) (2001): *Participation. The new tyranny?* 4. imp. London: Zed Books. Online verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/description/hol051/00043473.html>.
- Davies, Sara V.; Ribeiro, Barbara; Millar, Kate; Miller, Stephen Roy; Vironen, Heidi; Charles, David R. et al. (2016): Good Practice Guidelines for Stakeholder and Citizen Participation in Bioeconomy Strategies. BioSTEP: Promoting stakeholder engagement and public awareness for a participative governance of the European bioeconomy. Hg. v. Deliverable D3.3 BioSTEP Project. o. O. Online verfügbar unter <https://edepot.wur.nl/415101>, zuletzt geprüft am 17.06.2026.
- Delli Carpini, Michael X.; Cook, Fay Lomax; Jacobs, Lawrence R. (2004): Public Deliberations, Discursive Participation and Citizen Engagement: A Review of the Empirical Literature. In: *Annu. Rev. Polit. Sci.* 7 (1), S. 315–344. DOI: 10.1146/annurev.polisci.7.121003.091630.
- Dietz, Thomas; Stern, Paul C. (2008): *Public participation in environmental assessment and decision making*. Washington, DC: National Acad. Press. Online verfügbar unter <https://www.nationalacademies.org/publications/12434>, zuletzt geprüft am 27.05.2026.
- Escher, Tobias; Holec, Katharina; Mark, Laura (2025): Wie kann konsultative Bürger*innenbeteiligung die kommunale Verkehrswende unterstützen? Empfehlungen der SÖF-Forschungsgruppe CIMT (2019-2024). Hg. v. Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Institut für Sozialwissenschaften. Düsseldorf. Online verfügbar unter <https://www.cimt-hhu.de/ergebnisse/handlungsempfehlungen/>, zuletzt geprüft am 20.05.2026.
- Europäische Kommission (13.02.2012): Kommission schlägt Strategie für nachhaltige Bioökonomie in Europa vor. Brüssel. Jennings, Michael; Wcislo, Monika, Generaldirektion Kommunikation. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_12_124, zuletzt geprüft am 27.05.2026.

- Europäische Kommission (2018): A sustainable Bioeconomy for Europe: Strengthening the connection between economy, society and the environment. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Brüssel (COM/2018/673 final). Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:52018DC0673>, zuletzt geprüft am 04.06.2026.
- Europäische Kommission (2025): A Strategic Framework for a Competitive and Sustainable EU Bioeconomy. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Brüssel (COM(2025) 960 final). Online verfügbar unter https://environment.ec.europa.eu/document/download/dbf8d2ba-9332-4f7a-b336-f356fa4b7236_en?filename=COM_2025_960_1_EN_ACT_part1_v10_0.pdf, zuletzt geprüft am 04.06.2026.
- Faas, Thorsten; Huesmann, Christian (2017): Die Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050. Ergebnisse der Evaluation. Hg. v. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. Online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/188-2017_BST_Endbericht_Klimaschutzplan_2050_Druckfreigabe.pdf, zuletzt geprüft am 24.02.2026.
- Fung, Archon (2006): Varieties of Participation in Complex Governance. In: *Public Administration Review* 66 (s1), S. 66–75. DOI: 10.1111/j.1540-6210.2006.00667.x.
- Gerdes, Holger; Kiresiewa, Zoritza; Beekmann, Volkert; Bianchini, Chiara; Davies, Sara V.; Griestop, Laura et al. (2018): Engaging stakeholders and citizens in the bioeconomy: Lessons learned from BioSTEP and recommendations for future research. BioSTEP: Promoting stakeholder engagement and public awareness for a participative governance of the European bioeconomy. Hg. v. Deliverable D4.2 BioSTEP Project. o. O. Online verfügbar unter https://www.ecologic.eu/sites/default/files/publication/2018/2801-biostep_d4.2_lessons_learned_from_biostep.pdf, zuletzt geprüft am 15.06.2026.
- Irvin, Renée A.; Stansbury, John (2004): Citizen Participation in Decision Making: Is It Worth the Effort? In: *Public Administration Review* 64 (1), S. 55–65. DOI: 10.1111/j.1540-6210.2004.00346.x.
- Kamlage, Jan-Hendrik; Nanz, Patrizia (2017): Public Participation and Democratic Innovations: Assessing Democratic Institutions and Processes for Deepening and Increased Public Participation in Political Decision-Making. Online verfügbar unter <https://rm.coe.int/public-participation-and-democratic-innovations-assessing-democratic-i/168075f47b>, zuletzt geprüft am 02.02.2025.
- Kamlage, Jan-Hendrik; Silina, Irina; Arnold, Dennis (2025): Beteiligung in der kommunalen Wärmewende: Ein Modell für eine bürger*innenorientierte kooperative Planung. Kurzstudie. Hg. v. Im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND). Berlin. Online verfügbar unter https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/klimawandel/Beteiligung-Kommunale-Waermewende-Kurzstudie-BUND-2025.pdf, zuletzt geprüft am 28.05.2026.
- Kamlage, Jan-Hendrik; Warode, Jan (2016): Kurzexpertise für die Endlagerkommission des deutschen Bundestages. Zur Rolle von Laienbürgern in komplexen, dialogorientierten Beteiligungsprozessen. Hg. v. Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI). Essen. Online verfügbar unter https://www.bundestag.de/resource/blob/425828/3538b8d403090b5f697307b47ea404ab/drs_072.pdf, zuletzt geprüft am 17.06.2026.
- Knobbe, Sonja; Goerke, Ute; Kamlage, Jan-Hendrik; Wegener, Jana; Kortmann, Luisa; Pauß, Leonard (o. D.): Schlussbericht „Entwicklung der Modellregion BioökonomieREVIER Rheinland“. (Koordinationsprojekt. Hg. v. BioökonomieREVIER. o. O.
- Loorbach, Derk (2010): Transition Management for Sustainable Development: A Prescriptive, Complexity - Based Governance Framework. In: *Governance* 23 (1), S. 161–183. DOI: 10.1111/j.1468-0491.2009.01471.x.
- Lucke, Doris (1995): Akzeptanz. Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-663-09234-6>, zuletzt geprüft am 09.06.2026.
- MWIKE NRW (2023): Eckpunkte für eine Bioökonomie-Strategie. Nordrhein-Westfalen. Hg. v. Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE NRW). Düsseldorf. Online verfügbar unter www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/mwike_broschuere_biooekonomie.pdf, zuletzt geprüft am 21.08.2025.
- Nabatchi, Tina (2012): A Manager's Guide to Evaluating Citizen Participation. Fostering Transparency and Democracy Series. Hg. v. IBM Center for The Business of Government. Washington DC. Online verfügbar unter <https://www.businessofgovernment.org/report/manager%E2%80%99s-guide-evaluating-citizen-participation>, zuletzt geprüft am 09.06.2026.
- Nanz, Patrizia; Steffek, Jens (2005): Assessing the Democratic Quality of Deliberation in International Governance: Criteria and Research Strategies. In: *Acta Polit* 40 (3), S. 368–383. DOI: 10.1057/palgrave.ap.5500118.
- Newig, Jens; Jager, Nicolas W.; Challies, Edward; Kochskämper, Elisa (2023): Does stakeholder participation improve environmental governance? Evidence from a meta-analysis of 305 case studies. In: *Global environmental change : human and policy dimensions* 82, S. 102705. DOI: 10.1016/j.gloenvcha.2023.102705.

- Newig, Jens; Kvarda, Eva (2012): Participation in environmental governance: Legitimate and effective? In: Karl Hogl, Eva Kvarda, Ralf Nordbeck und Pregernig Michael (Hg.): Environmental Governance. The Challenge of Legitimacy and Effectiveness. Cheltenham: Edward Elgar, S. 29–45.
- OECD (2003): Promise and Problems of E-Democracy. Challenges of Online Citizen Engagement. Paris: OECD Publishing. Online verfügbar unter https://www.oecd.org/en/publications/promise-and-problems-of-e-democracy_9789264019492-en.html, zuletzt geprüft am 09.07.2026.
- OECD (2009): The Bioeconomy to 2030. Designing a policy agenda. Paris: OECD Publishing. Online verfügbar unter https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2009/04/the-bioeconomy-to-2030_g1gha07e/9789264056886-en.pdf, zuletzt geprüft am 27.05.2026.
- OECD (2022): OECD Guidelines for Citizen Participation Processes. Paris: OECD Publishing (OECD Public Governance Reviews). Online verfügbar unter <https://www.oecd.org/publications/oecd-guidelines-for-citizen-participation-processes-f765caf6-en.htm>, zuletzt geprüft am 10.06.2026.
- Rockström, Johan; Gupta, Joyeeta; Qin, Dahe; Lade, Steven J.; Abrams, Jesse F.; Andersen, Lauren S. et al. (2023): Safe and just Earth system boundaries. In: *Nature* 619 (7968), S. 102–111. DOI: 10.1038/s41586-023-06083-8.
- Rockström, Johan; Steffen, Will; Noone, Kevin; Persson, Asa; Chapin, F. Stuart; Lambin, Eric F. et al. (2009): A safe operating space for humanity. In: *Nature* 461 (7263), S. 472–475. DOI: 10.1038/461472a.
- Rowe, Gene; Frewer, Lynn J. (2000): Public Participation Methods: A Framework for Evaluation. In: *Science, Technology, & Human Values* 25 (1), S. 3–29. DOI: 10.1177/016224390002500101.
- Rowe, Gene; Frewer, Lynn J. (2005): A Typology of Public Engagement Mechanisms. In: *Science, Technology, & Human Values* 30 (2), S. 251–290. DOI: 10.1177/0162243904271724.
- Rucht, Dieter (2016): Der Beteiligungsprozess am Klimaschutzplan 2050. Analyse und Bewertung. Hg. v. Greenpeace e. V. Hamburg. Online verfügbar unter https://www.greenpeace.de/publikationen/20160928_greenpeace_klima-gutachten_2050.pdf, zuletzt geprüft am 24.02.2026.
- Scharpf, Fritz (1999): Governing in Europe. Effective and Democratic? 1. publ. Oxford: Oxford University Press. Online verfügbar unter <https://academic.oup.com/book/11939>, zuletzt geprüft am 09.06.2026.
- Schweizer-Ries, Petra (2008): Energy sustainable communities: Environmental psychological investigations. In: *Energy Policy* 36 (11), S. 4126–4135. DOI: 10.1016/j.enpol.2008.06.021.
- SRU (2007): Klimaschutz durch Biomasse. Sondergutachten. Berlin: Erich Schmidt Verlag. Online verfügbar unter https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2004_2008/2007_SG_Biomasse_Buch.pdf;jsessionid=ABBF416343DECDC2BC0A9B26E78F905F.intranet222?__blob=publicationFile&v=2, zuletzt geprüft am 09.06.2026.
- Steffen, Will; Richardson, Katherine; Rockström, Johan; Cornell, Sarah E.; Fetzer, Ingo; Bennett, Elena M. et al. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: *Science (New York, N.Y.)* 347 (6223), S. 1259855. DOI: 10.1126/science.1259855.
- Stirling, Andy (2008): “Opening Up” and “Closing Down”: Power, Participation, and Pluralism in the Social Appraisal of Technology. In: *Science, Technology, and Human Values* 33 (2), S. 262–294. DOI: 10.1177/0162243907311265.
- Tyler, Tom R. (2006): Why People Obey the Law. Princeton, N.J.: Princeton University Press. Online verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0654/2005938383-d.html>, zuletzt geprüft am 10.06.2026.
- UBA (2019): Bioökonomiekonzepte und Diskursanalyse. Unter Mitarbeit von Zoritz Kiresiewa, Marius Hasenheit, Franziska Wolf, Martin Möller, Bernward Gesang und Patrick Schröder. Hg. v. Umweltbundesamt (UBA) (Texte, 78/2019). Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/biooekonomiekonzepte-diskursanalyse>, zuletzt geprüft am 27.05.2026.
- UNECE (1998): 13. Convention on Access to Information, Public Participation in Decision-Making and Access to Justice in Environmental Matters. Hg. v. United Nations Economic Commission for Europe (UNECE). Aarhus. Online verfügbar unter <https://unece.org/fileadmin/DAM/env/pp/documents/cep43e.pdf>, zuletzt geprüft am 17.06.2026.
- Warburton, Diane; Wilson, Richard; Rainbow, Elsbeth (2007): Making a Difference: A guide to evaluating public participation in central government. Hg. v. Involve, Shared Practice and Department for Constitutional Affairs. London. Online verfügbar unter <https://www.involve.org.uk/sites/default/files/uploads/docuemnt/Making-a-Difference-.pdf>, zuletzt geprüft am 10.06.2026.
- WBGU (2011): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. Ein Beitrag zur Rio+20-Konferenz 2012. Berlin: Wiss. Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Online verfügbar unter https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011_zfE.pdf, zuletzt geprüft am 04.06.2026.

Wesselink, Anna; Paavola, Jouni; Fritsch, Oliver; Renn, Ortwin (2011): Rationales for Public Participation in Environmental Policy and Governance: Practitioners' Perspectives. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 43 (11), S. 2688–2704. DOI: 10.1068/a44161.

Anhang

Vergleichsmatrix der vier ausgewählten Fallbeispiele

Vergleichsdimension	Vorarlberg: Bürger:innenrat „Zukunft Landwirtschaft“	Klimaschutzplan 2050	BioökonomieREVIER	EU-Bioökonomiestrategie 2025	Erweiterte analytische Lehre
Grundtyp des Verfahrens	Landesweiter Bürger:innenrat, aus der Bevölkerung initiiert; ergänzt durch Stakeholder-Workshops, Bürgercafés, Resonanzgruppe und digitale Dokumentation.	Nationaler Strategieprozess mit getrennten Bürger:innen- und Stakeholder-Strängen, späterer Zusammenführung über Delegierte.	Regionaler bioökonomiespezifischer Beteiligungs- und Governance-Ansatz im Rheinischen Revier; Verbindung von Lenkungsgruppe, regionaler Citizens' Assembly, kommunalen Bürgerräten, Bürgercafés, Online-Plattform und institutionellen Stellungnahmen.	Digital-formalisierte öffentliche Konsultation im Rahmen der EU-Better-Regulation-Architektur; Kombination aus Call for Evidence, Public Consultation Survey und gezielten Stakeholderworkshops.	Die vier Fälle bilden unterschiedliche Grundtypen ab: deliberativer Bürger:innenrat, mehrsträngiger nationaler Strategieprozess, regionales Governance-Arrangement und digitale Portal-/Stakeholder-Konsultation.
Politischer Kontext	Wahljahr 2019; zunächst Risiko politischer Instrumentalisierung, später Gelegenheitsfenster für Regierungsprogramm und Landwirtschaftsstrategie.	Politisch gesetzter Auftrag im Kontext der Erstellung des Klimaschutzplans 2050; Bürgerbeteiligung war Teil eines größeren bundespolitischen Strategieprozesses.	Strukturwandel im Rheinischen Revier nach dem Kohleausstieg; Bioökonomie als regionales Transformations-, Innovations- und Flächennutzungsthema.	EU-Strategieprozess im Kontext von Wettbewerbsfähigkeit, Clean Industrial Deal, Biomasseknappheit, Kreislaufwirtschaft, Biotechnologie und nachhaltiger Rohstoffnutzung.	Timing und politischer Kontext bestimmen die Verwertbarkeit der Ergebnisse. Strategische Anschlussfenster können Wahl-/Regierungsprozesse, Ressortprozesse, regionale Planungen oder EU-Strategiezyklen sein.
Mandat und Handlungsspielräume	Konsultatives Mandat; Bürger:innen sollten Empfehlungen zur Zukunft der Landwirtschaft entwickeln. Die Fragestellung war breit und gemeinsam mit der Initiativgruppe entwickelt.	Konsultatives Mandat; Bürger:innen und Stakeholder konnten Vorschläge formulieren, aber nicht den Klimaschutzplan selbst schreiben. Sektorenstruktur und strategischer Rahmen waren vorgegeben.	Konsultatives Mandat; Bürger:innen entwickelten Empfehlungen zu nachhaltiger Bioökonomie und Flächennutzung, die in regionale Entwicklungs-, Planungs- und Governance-Prozesse eingespeist werden sollten.	Konsultatives Mandat; Öffentlichkeit und Stakeholder konnten Problemverständnis, Ziele, Maßnahmen und Prioritäten kommentieren. Beiträge waren für die Kommission nicht bindend.	Alle Fälle sind konsultativ. Unterschiede liegen im Grad der Offenheit des Gegenstands, in der Nähe zum Entscheidungsprozess und in der Transparenz der späteren Verarbeitung.
Zeitliche Kopplung an Strategieentwicklung	Sehr starke Kopplung durch Nähe zu Landtagswahl, Regierungsbildung, Regierungsprogramm und späterer	Beteiligung war in den Strategieprozess eingebunden, aber die spätere politische Verarbeitung in Ressort- und	Nicht an ein einzelnes Strategiepapier gekoppelt, sondern an regionale Strukturwandel-, Planungs- und Entwicklungsprozesse.	Klar in den EU-Strategieprozess eingebettet: Konsultation vor Veröffentlichung der Communication; Auswertung in Factual Summary und Synopsis	Beteiligung braucht nicht nur einen Zeitpunkt, sondern einen Verwertungsort: Strategieentwurf, Regierungsprogramm,

Vergleichsdimension	Vorarlberg: Bürger:innenrat „Zukunft Landwirtschaft“	Klimaschutzplan 2050	BioökonomieREVIER	EU-Bioökonomiestrategie 2025	Erweiterte analytische Lehre
	Landwirtschaftsstrategie. Teilweise ungeplant, aber strategisch genutzt.	Kabinettsabstimmung wurde weniger transparent.	Anschluss über regionale Institutionen, WSP, Revierknoten, Kommunen und Entwicklungsgesellschaften.	Report; finale Strategie verweist auf Konsultationsinput.	Ressortabstimmung, Regionalplanung, kommunale Machbarkeitsstudie oder EU-Strategieprozess.
Zugang und Inklusion	Einstufige Zufallsauswahl aus Melderegister; 600 angeschriebene Personen, 17 Teilnehmende. Alter, Geschlecht, Region berücksichtigt; weitere Diversitätsmerkmale schwer steuerbar.	Zufallsauswahl mit Clusterung nach Alter, Geschlecht und Region; Unterstützungsangebote vorhanden, aber keine umfassende Barrierearmut.	Regionale Citizens' Assembly und kommunale Bürgerräte arbeiteten mit Zufallsauswahl. Beispiel Erkelenz: 1.500 zufällig geladene Personen, 105 Interessensbekundungen, zwölf Teilnehmende.	Formal offen für alle, faktisch selbstselektiv. In der Public Consultation Survey dominierten Business Associations und Unternehmen; EU-Bürger:innen stellten nur 28 von 362 Antworten.	Zufallsauswahl verbessert Inklusion gegenüber offener Selbstselektion, garantiert aber keine Diversität. Offene Portale schaffen Reichweite, sind aber anfällig für Stakeholder-Dominanz.
Beteiligungsarchitektur / Arenenlogik	Bürger:innenrat wurde durch vorgelagerte Stakeholder-Workshops mit Landwirt:innen ergänzt. Stakeholder-Wissen wurde als Input eingebracht, ohne den Bürger:innenrat zu dominieren.	Bürger:innen- und Stakeholder-Prozess liefen zunächst getrennt, wurden später über Delegierte zusammengeführt. Diese Kopplung war innovativ, aber konfliktträchtig.	Mehr-Arenen-Architektur: Lenkungsgruppe, regionale Citizens' Assembly, kommunale Bürgerräte, Bürgercafés, Online-Plattform und institutionelle Stellungnahmen.	Dreigliedrige Konsultationsarchitektur: Call for Evidence, öffentliche Konsultation und vier gezielte Stakeholderworkshops. Bürger:innen wurden nicht als eigene deliberative Arena organisiert.	Eine klare Arenenlogik ist zentral: Bürger:innen-, Stakeholder-, Expert:innen-, Verwaltungs- und politische Arenen müssen funktional unterschieden und gezielt verkoppelt werden.
Umgang mit Stakeholder-Wissen	Landwirt:innen wurden in regionalen Workshops beteiligt; ihre Perspektiven wurden dokumentiert und dem Bürger:innenrat als Input zugänglich gemacht.	Stakeholder hatten einen eigenen Beteiligungsstrang; Teile organisierter Interessen sahen die Beteiligung von Bürger:innen im Delegiertengremium kritisch.	Stakeholder-Wissen wurde über Lenkungsgruppe, regionale Akteure und nachgelagerte Stellungnahmen eingebunden. Dadurch entstand institutionelle Resonanz, aber auch eine starke Governance-Prägung des Falls.	Stakeholder-Wissen stand im Zentrum. Industrie, Verbände, Forschungsakteure, Behörden und NGOs waren deutlich stärker vertreten als Bürger:innen im engeren Sinne.	Stakeholder-Wissen ist für Bioökonomie unverzichtbar, ersetzt aber keine Bürger:innenperspektive. Entscheidend ist, die jeweilige Wissens- und Legitimationslogik sichtbar zu halten.
Wissensintegration	Kurzes Informationspapier, Stakeholder-Workshops, Resonanzgruppe und Bürgercafés. Wissensformen wurden sequenziell und funktional integriert.	Fachliche Inputs, Bürger:innenvorschläge, Stakeholdervorschläge, gemeinsames Delegiertengremium, wissenschaftliche Begleitung und Tagging.	Regionale Expertise, Alltagswissen, kommunale Perspektiven, Stakeholder- und Verwaltungswissen wurden über unterschiedliche Formate aufeinander bezogen.	Quantitative Antworten, offene Textbeiträge, Positionspapiere und Workshopbeiträge wurden mit Mixed-Methods-Ansatz ausgewertet; Fokus stark auf Fach-, Markt- und Regulierungswissen.	Wissensintegration braucht eine erkennbare Prozesslogik: Wer bringt welches Wissen wann ein, wie wird es aufbereitet, und wie wird es mit anderen Wissensformen verschränkt?
Deliberative Qualität	Eineinhalbtägiger Bürger:innenrat mit Dynamic Facilitation; Zeit zwischen den Sitzungstagen wichtig für	Regionale Dialoge, Online-Dialog, Delegiertengremium; Bürgerdelegierte wurden aber nur begrenzt auf	Deliberative Elemente in regionaler Citizens' Assembly und kommunalen Bürgerräten; lokale Formate ermöglichten konkretere Beratung zu	Deliberative Qualität begrenzt: Portal ermöglichte Rückmeldung, aber keinen dialogischen Austausch.	Gute Deliberation braucht Zeit, Moderation, Rollenklärung und Vorbereitung. Portalkonsultationen können

Vergleichsdimension	Vorarlberg: Bürger:innenrat „Zukunft Landwirtschaft“	Klimaschutzplan 2050	BioökonomieREVIER	EU-Bioökonomiestrategie 2025	Erweiterte analytische Lehre
	Gruppenprozess und Ergebnisqualität.	professionelle Stakeholder vorbereitet.	kommunalen Entwicklungsfragen.	Workshops waren interaktiver, aber stakeholderorientiert.	deliberative Formate ergänzen, aber nicht ersetzen.
Digitale Elemente	Digitale Plattform vor allem als Dokumentations- und Transparenzinstrument; weniger als primärer Konsultationskanal.	Online-Dialog als zusätzlicher Beteiligungskanal; keine große digitale Aktivierungskampagne.	Online-Plattform diente Information, Dokumentation und Rückbindung an eine breitere Öffentlichkeit; Bürger:innenformate blieben zentral.	Have-your-say-Portal war zentrale Infrastruktur für Call for Evidence und Public Consultation Survey; starke Dokumentations- und Zugänglichkeitsfunktion.	Digitale Elemente müssen funktional bestimmt werden: Information, Aktivierung, Konsultation, Dokumentation oder Response. Sie sind keine vollständige Beteiligungsbaukastenarchitektur.
Output und Dokumentation	Empfehlungen wurden in Bürgercafés vorgestellt und digital dokumentiert. Dokumentenprüfung bleibt wichtig.	Empfehlungen, Votings, Bürger:innen-, Stakeholder- und gemeinsame Vorschläge; wissenschaftliche Begleitung, Tagging, Berichte und Evaluation.	Bürger:innenempfehlungen zur nachhaltigen Bioökonomie und Flächennutzung; kommunale Empfehlungen, z. B. Bürgerrat Erkelenz; nachgelagerte institutionelle Stellungnahmen.	Sehr starke Output-Dokumentation: 444 Call-for-Evidence-Rückmeldungen, 362 Survey-Antworten, 133 Workshopteilnehmende; Factual Summary Report und Synopsis Report.	Output-Dokumentation ist in allen Fällen relevant, aber ihr Wert hängt von der anschließenden Übersetzungs- und Response-Logik ab.
Übersetzung und Responsivität	Ergebnisse flossen nach Auswertung stark in Regierungsprogramm und Landwirtschaftsstrategie ein; begünstigt durch Timing, politisches Commitment und Fachverwaltung.	Bis zur Ebene der Vorschläge hohe Transparenz; spätere Übersetzung in Ressort- und Kabinettsabstimmung wurde weniger nachvollziehbar. Keine vollständige Response-Matrix.	Nachgelagerte Responsivität durch Stellungnahmen regionaler Akteure. Deutliche institutionelle Resonanz, aber tatsächliche Umsetzung und Impact bleiben begrenzt nachweisbar.	Aggregierte Response-Logik im Synopsis Report: Themencluster und Kommissionsreaktionen werden sichtbar. Einzelbeiträge werden jedoch nicht systematisch über eine Response-Matrix nachverfolgt.	Responsivität ist der kritische Punkt: Zwischen Wahrnehmung, Kommentierung, angekündigter Berücksichtigung, tatsächlicher Übernahme und langfristigem Impact muss unterschieden werden.
Institutionelle Anschlussfähigkeit	Hoher Lernwert für Büro für Zukunftsfragen; spätere Prozesse wurden stärker von Verwertungsmöglichkeiten her geplant.	Starker prozeduraler Fußabdruck im Ministerium; Referenzprozess für spätere Beteiligung auf Bundesebene. Fachpolitischer Einfluss einzelner Vorschläge schwer nachweisbar.	Anschluss über Lenkungsgruppe, regionale Netzwerke, Revierknoten, Regionalplanung, kommunale Machbarkeitsstudien und Entwicklungsgesellschaften.	Hohe formale Anschlussfähigkeit: Konsultation war Teil des EU-Strategieprozesses; finale Communication und künftiges Monitoring über Knowledge Centre und Monitoring System.	Institutionelle Anschlussfähigkeit kann über politische Programme, Verwaltungspraxis, regionale Governance, Monitoring oder Strategiezyklen entstehen.
Innovationsgehalt	Nicht das Format Bürger:innenrat an sich war neu, sondern die politische Anschlussfähigkeit, Kombination mit Stakeholderworkshops und Nutzung des Wahl-/Strategiefensters.	Innovation lag in der Zusammenführung von Bürger:innen- und Stakeholderdelegierten in einem nationalen Strategieprozess.	Innovation lag im integrierten regionalen Beteiligungs- und Governance-Arrangement mit bioökonomiespezifischem Fokus.	Innovation liegt weniger im Format als in der formalisierten EU-Konsultations- und Dokumentationsarchitektur mit systematischer Auswertung.	Innovation kann neue Designprobleme erzeugen: Kopplung schafft Wirkungsmöglichkeiten, aber auch Rollen-, Macht-, Inklusions- und Übersetzungsfragen.

Vergleichsdimension	Vorarlberg: Bürger:innenrat „Zukunft Landwirtschaft“	Klimaschutzplan 2050	BioökonomieREVIER	EU-Bioökonomiestrategie 2025	Erweiterte analytische Lehre
Hauptstärke	Politische Verwertung und strategisches Lernen durch gutes Timing und Anschluss an Regierungsprogramm/Strategie.	Ambitionierte Arenenverschränkung und starke Output-Dokumentation.	Bioökonomiespezifischer regionaler Lernfall mit integrierter Mehr-Arenen-Architektur und dokumentierter institutioneller Resonanz.	Hohe Offenheit, Reichweite, Dokumentation und aggregierte Auswertung über formalisierte EU-Prozesse.	Die Fälle liefern komplementäre Positivbefunde: Verwertung, Areneninnovation, regionale Governance-Integration und digitale Transparenz.
Hauptschwäche / Grenze	Wirkung abhängig von günstiger politischer und personeller Konstellation; Diversität begrenzt steuerbar; Übertragbarkeit nicht automatisch gegeben.	Politische Übersetzung nach Outputphase begrenzt transparent; Bürgerdelegierte nur begrenzt auf Stakeholder-Asymmetrien vorbereitet.	Umsetzung und langfristiger Impact der Empfehlungen nur begrenzt nachweisbar; starke Einbettung in regionale Governance erschwert klare Zurechnung.	Stakeholder-Dominanz und offene Selbstselektion; geringe Bürger:innenbeteiligung im engeren Sinne; begrenzte deliberative Qualität.	Für NRW müssen politische Anschlussfähigkeit, Inklusion, klare Arenenlogik und transparente Response-Mechanismen aktiv geplant werden.
Spezifischer Lernwert für NRW	Beteiligung von Beginn an mit konkreten politischen Verwertungsfenstern verbinden.	Bürger:innen-, Stakeholder- und Expert:innenarenen trennen, aber gezielt und fair verschränken.	Bioökonomie als regionales Transformations- und Governance-Feld denken; Bürger:innenformate mit Stakeholder-Arenen, Expert:innenwissen und institutioneller Response verbinden.	NRW-Beteiligungsportal als Hub für Information, Konsultation und Dokumentation nutzen, aber nicht mit deliberativer Beteiligung gleichsetzen.	Für NRW empfiehlt sich eine multimodale Architektur: Portal plus moderierte Bürger:innenformate, Stakeholder-/Facharenen, Bioökonomierat und verbindliche Response-Logik.

Übersichtstabellen zur Bestandsaufnahme und Fallauswahl

Grundlagenliste recherchierter Bioökonomiestrategien und bioökonomiebezogener Beteiligungsverfahren

Nr.	Raum / Ebene	Strategie / Verfahren	Zeitraum / Stand	Träger / Institution	Dokumentierte Beteiligungsform	Beteiligungs-intensität	Vorläufige Einordnung
1	EU	EU-Bioökonomiestrategie 2025	31.03. - 23.06.2025	Europäische Kommission	öffentliche Online-Konsultation für Bürger:innen und Stakeholder; flankierende Dialogformate	Konsultation, digital-formalisiert	Relevanter Kontrastfall für offene digitale Konsultation, Reichweite, Selbstselektion und Response-Logik
2	EU, regionale Piloten	BioSTEP – Stakeholder & Citizen Engagement in Bioeconomy Strategies	2015–2018	Europäische Kommission im Rahmen von Horizon 2020	H2020-Projekt mit Living Labs, Policy-Workshops, Ausstellungen, Beteiligungsleitfäden; Fokus auf partizipative Governance	Hohe methodische und geografische Breite, mittlere bis hohe Beteiligungsintensität für ausgewählte Stakeholder, aber geringe bis mittlere Bürgerbeteiligung	Relevanter EU-Lernfall für Beteiligungsleitfäden und übertragbare Bioökonomie-Governance
3	Deutschland	Bürgerbeteiligung zum Integrierten Umweltprogramm 2030	2016	BMUB/BMUV	Bürger:innendialog, Bürger:innenräte, informelles, beratendes Verfahren, Online-Verfahren, Bürger:innenngutachten	Inhaltliche und deliberative Intensität ist als hoch einzuschätzen	Relevanter Lernfall für frühe Beteiligung und Rückkopplung in ein strategisches Bundesprogramm
4	Deutschland	Nationale Bioökonomiestrategie	seit 2020	Bundesregierung / zuständige Ressorts	Bioökonomierat; Fach- und Expert:innenstrukturen	Fachberatung / Stakeholder- und Expert:innenbeteiligung	Strategisch zentral, aber keine breit dokumentierte konsultative Bürger:innenbeteiligung im engeren Sinne

Nr.	Raum / Ebene	Strategie / Verfahren	Zeitraum / Stand	Träger / Institution	Dokumentierte Beteiligungsform	Beteiligungs-intensität	Vorläufige Einordnung
5	Deutschland	Bürgerdialog „Chancen und Risiken der Bioökonomie für die biologische Vielfalt“	2019–2021	Bundesamt für Naturschutz (BfN)	Regionale Bürgerdialoge mit Zufallsauswahl; Jugenddialog; Bürgerbotschafter:innen; anschließender Online-Dialog; Ergebnisübergabe an BfN und Bioökonomierat	Mittel bis hoch, inhaltlich vertiefte Konsultation mit einzelnen kooperativen Elementen	Relevanter bioökonomiespezifischer Bürgerdialog; möglicher Ergänzungsfall
6	Deutschland	Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050	2015–2017	BMUB	mehrstufiges Beteiligungsverfahren, das Präsenzdialog, Onlinebeteiligung und die Zusammenarbeit mit organisierten Akteuren	Hoch, für Bundesebene ungewöhnlich umfangreiches und deliberatives Verfahren	Ausgewählter Vertiefungsfall; besonders relevant für Arenenverschränkung und Übersetzungsproblem
7	Bayern	Zukunft.Bioökonomie.Bayern	2015–2026	Bayerische Staatsregierung / Ministerium; Sachverständigenrat Bioökonomie Bayern	Dialogplattformen, Veranstaltungen, Social Media; Bürger:innenrat angekündigt bzw. genannt	Information; ggf. konsultative / ko-produktive Elemente zu prüfen	Relevanter Länderfall; tatsächliche Bürger:innenrolle und Rückkopplung noch genauer zu prüfen
8	Baden-Württemberg	Landesstrategie Nachhaltige Bioökonomie Baden-Württemberg	2019–2029	Landesregierung / Ministerium; Bioökonomiebeirat Baden-Württemberg	Beirat / Fach- und Stakeholder-Strukturen	Fachberatung / Stakeholder-beteiligung	Strategisch stark, aber Bürger:innenbeteiligung im Arbeitsstand nicht zentral dokumentiert
9	Saarland	Saarländische Bioökonomiestrategie, Arbeitstitel	seit 2023	Landesregierung / Ministerium	keine belastbaren Angaben im Arbeitsstand	offen	Laufender Strategieprozess; Beteiligungsarchitektur noch unklar
10	Sachsen-Anhalt / Mitteldeutsches Revier	Schwerpunktregion des mitteldeutschen Clusters BioEconomy; DiP Sachsen-Anhalt Modellregion der Bioökonomie	seit 2020; Beirat 2025	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Sachsen-Anhalt; Strukturwandel Mitteldeutsches Revier	Beirat im Rahmen von DiP Sachsen-Anhalt; projektbezogene Strukturen	Fach-/Stakeholder-beteiligung	Relevanter Strukturwandelfall; Bürger:innenbeteiligung noch zu prüfen

Nr.	Raum / Ebene	Strategie / Verfahren	Zeitraum / Stand	Träger / Institution	Dokumentierte Beteiligungsform	Beteiligungs-intensität	Vorläufige Einordnung
11	Brandenburg	Bioökonomiestrategie in Arbeit	seit 2021	Landesregierung / Ministerium	keine belastbaren Angaben im Arbeitsstand	offen	Strategieentwicklung relevant; Beteiligungsarchitektur noch offen
12	Brandenburg, regional	DiReBio – Regionale Diskurse zum Bioökonomischen Wandel	2018–2021	BMBF, Universität Potsdam, Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik, Prozesse und Systeme	Regionale Strategie- und Zukunftswerkshops, überwiegend Stakeholder- und organisierte Interessen-orientiert	Mittel bis hoch, kooperative Entwicklung regionaler Zukunftsszenarien	Interessanter methodischer Lernfall für regionale Zukunftsbilder und Systemperspektiven
13	Schleswig-Holstein	Entwicklung eines Masterplans geplant	seit 2014 im Kontext bioökonomischer Aktivitäten	Landesregierung / Ministerium	keine belastbaren Angaben im Arbeitsstand	offen / Information	Eher Planungs- bzw. Vorbereitungsstand
14	Rheinisches Revier, NRW	BioökonomieREVIER	2019–2021	Strukturwandelregion; BMBF-gefördertes Modellregionsprojekt	Parallele Bürgerdialoge in mehreren Städten; ausgeloste Bürger:innen; Online-Verfahren; Delegiertengremium aus Bürger:innen, Ländern, Kommunen und Verbänden	hohen deliberativen Intensität, überwiegend um intensive konsultative und kooperative Beteiligung	Ausgewählter Vertiefungsfall; zentraler bioökonomiespezifischer Regionalfall
15	Stadt Bonn, NRW	Bonn4Future – Wir fürs Klima	2020–2023	Bonn im Wandel e. V., unterstützt von zahlreichen Bonner Organisationen, Programmbüro Klimaneutrales Bonn 2035 und Stabsstelle Bürgerbeteiligung	Mehrstufige Klimaforen mit zufällig ausgewählten Bürger:innen sowie ausgewählter Stakeholder; Online-Elemente	zeitlich und methodisch sehr intensiv, hohe deliberative und ko-kreative Beteiligungsintensität	Relevanter kommunaler Lernfall für mehrstufige Beteiligung und lokale Umsetzung,
16	Rheinland-Pfalz	Keine gesonderte Bioökonomiestrategie	—	—	keine spezifische Bürger:innenbeteiligung dokumentiert	keine / indirekt	Bioökonomie eher in Nachhaltigkeits- und Innovationsstrategie mitgeführt

Nr.	Raum / Ebene	Strategie / Verfahren	Zeitraum / Stand	Träger / Institution	Dokumentierte Beteiligungsform	Beteiligungs-intensität	Vorläufige Einordnung
17	Hessen	Keine gesonderte Bioökonomiestrategie	—	—	keine spezifische Bürger:innenbeteiligung dokumentiert	keine / indirekt	Bezug über Innovationsstrategie
18	Thüringen / Sachsen / Sachsen-Anhalt	Regionale Bioökonomie-Entwicklung / Absichtserklärung	laufend	Länder bzw. regionale Akteure	keine ausgeprägte Bürger:innenbeteiligung im Arbeitsstand dokumentiert	offen / Stakeholder-Bezug	Relevant für regionale Bioökonomieentwicklung; Beteiligungsarchitektur weiter zu prüfen
19	Niedersachsen	Keine gesonderte Bioökonomiestrategie; Bezüge zur biobasierten Wirtschaft / Weser-Ems	seit 2015 regionale Masterplanbezüge	Land / Region Weser-Ems	Expertengremium / regionale Strukturen	Fachberatung / Stakeholder-Bezug	Eher Fach- und Regionalentwicklungsbezug
20	Bremen	Keine gesonderte Bioökonomiestrategie	—	—	keine spezifische Bürger:innenbeteiligung dokumentiert	keine / indirekt	Bioökonomie in Klima- und Innovationsstrategie mitgeführt
21	Berlin / Brandenburg	innoBB 2025 / gemeinsame Innovationsstrategie	laufend	Länder Berlin und Brandenburg	keine spezifische Bürger:innenbeteiligung zur Bioökonomie dokumentiert	indirekt / innovationspolitisch	Bioökonomie als Innovations- bzw. Clusterbezug
22	Mecklenburg-Vorpommern	Keine gesonderte Bioökonomiestrategie	—	Land / Strategierat Wirtschaft-Wissenschaft	Strategierat / Wissenschaft-Wirtschafts-Strukturen	Fachberatung	Eher innovations- und wissenschaftspolitische Rahmung
23	Hamburg	Keine gesonderte Bioökonomiestrategie	—	Land Hamburg	Klimabeirat / Nachhaltigkeits- und Innovationsbezüge	Fachberatung / indirekt	Bioökonomie indirekt im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Innovation
24	Österreich	Bioökonomiestrategie Österreich	2019–2030	Bundesregierung / zuständige Ministerien	keine ausgeprägte Bürger:innenbeteiligung im Arbeitsstand dokumentiert	überwiegend Strategie-/ Fachprozess	Nationale Strategie; Beteiligungsdimension weiter quellenbasiert zu prüfen

Nr.	Raum / Ebene	Strategie / Verfahren	Zeitraum / Stand	Träger / Institution	Dokumentierte Beteiligungsform	Beteiligungs-intensität	Vorläufige Einordnung
25	Vorarlberg, Österreich	Bürger:innenrat „Zukunft Landwirtschaft“ Vorarlberg	2019	Vorarlberger Landesregierung	Stakeholderbeteiligung mit Landwirtschaft, Bürger:innenrat, Bürger:innencafés, Online-Plattform	Hohe deliberative und prozessuale Beteiligungsintensität, mehrstufiger Prozess,	Ausgewählter Vertiefungsfall; besonders relevant für politisches Anschlussfenster und Arenenlogik
26	Schweiz	Keine eigenständige Bioökonomiestrategie im engeren Sinne identifiziert	Arbeitsstand: keine gesonderte Strategie	verschiedene Forschungs- und Innovationskontexte	keine spezifische Bürger:innenbeteiligung dokumentiert	keine / offen	Bioökonomie als Thema vorhanden, aber keine eigenständige Strategie im engeren Sinne identifiziert
27	Finnland	Finnische Bioökonomiestrategie 2022–2035	2020–2022	Finnische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit	Stakeholder-Gremium	Hohe räumliche und institutionelle Beteiligungsbreite, mittlere bis hohe Stakeholderintensität, aber geringe Bürgerbeteiligungsintensität	Möglicher internationaler Vergleichsfall für dokumentierte Online-Konsultation

Langliste möglicher Vertiefungsfälle

Nr.	Verfahren	Raumebene	Zeitraum	Policy-Instrument / strategischer Bezug	Innovationsgrad der Beteiligung	Relevanz für die Studie
1	Bürgerbeteiligung zum Integrierten Umweltprogramm 2030	National, Deutschland	2016	Integriertes Umweltprogramm 2030 des BMUB/BMUV	Mehrstufiges Verfahren mit Bürgerforen, Zufallsauswahl, Präsenzialdialogen und Online-Elementen; Beteiligung vor Kabinettsbeschluss; explizite Rückkopplung an den Programmtext	Relevanter Lernfall für frühe Beteiligung und Rückkopplung in ein strategisches Bundesprogramm

Nr.	Verfahren	Raumbene	Zeitraum	Policy-Instrument / strategischer Bezug	Innovationsgrad der Beteiligung	Relevanz für die Studie
2	Bürger:innenrat „Zukunft Landwirtschaft“ Vorarlberg	Landesebene / Vorarlberg, Österreich	2019	Landes-Landwirtschaftsstrategie / Regierungsprogramm „Unser Vorarlberg – chancenreich und nachhaltig 2019–2024“	Landesweiter Bürger:innenrat mit Zufallsauswahl; vorgelagerte Workshops mit Landwirt:innen; Bürgercafé; Resonanzgruppe aus Politik und Verwaltung; Verknüpfung mit Regierungsprogramm	Ausgewählter Vertiefungsfall; besonders relevant für politisches Anschlussfenster und Arenenlogik
3	Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050	National, Deutschland	2015–2017	Nationaler Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung	Parallele Bürgerdialoge in mehreren Städten; ausgeloste Bürger:innen; zweistufiges Online-Verfahren; Delegiertengremium aus Bürger:innen, Ländern, Kommunen und Verbänden	Ausgewählter Vertiefungsfall; besonders relevant für Arenenverschränkung und Übersetzungsproblem
4	BioökonomieREVIER – Bürgerversammlung und Online-Plattform	Regional, Rheinisches Revier	2020–2021	Regionalstrategie / Handlungsprogramm BioökonomieREVIER im Strukturwandel	Zufallsauswahl von Bürger:innen; regionale Bürgerversammlung / Citizens' Assembly; kommunale Bürgerräte nach Vorarlberger Modell; Online-Plattform; Stakeholderprozess; Ergebnispapier als Input für regionale Strategie- und Projektentwicklung	Ausgewählter Vertiefungsfall; zentraler bioökonomiespezifischer Regionalfall
5	Bürgerdialog „Chancen und Risiken der Bioökonomie für die biologische Vielfalt“	National mit regionalen Dialogorten, Deutschland	2020–2021	Nationale Bioökonomiestrategie aus Umwelt-/Biodiversitätsperspektive	Regionale Bürgerdialoge mit Zufallsauswahl; Jugenddialog; Bürgerbotschafter:innen; anschließender Online-Dialog; Ergebnisübergabe an BfN und Bioökonomierat	Relevanter bioökonomiespezifischer Bürgerdialog; möglicher Ergänzungsfall

Nr.	Verfahren	Raumbene	Zeitraum	Policy-Instrument / strategischer Bezug	Innovationsgrad der Beteiligung	Relevanz für die Studie
6	DiReBio – Diskurs zur bioökonomischen Transformation	Regional, Brandenburg	2017–2021	Entwicklung regionaler Zukunftsstrategien zur Bioökonomie; Unterstützung von Landes- und Kommunalpolitik	Regionale Workshops mit haptischen Methoden, 3D-Modellen, Lego, Szenarienarbeit und Systemanalyse; Einbindung von Bürger:innen, Unternehmen, Verwaltung und Zivilgesellschaft	Interessanter methodischer Lernfall für regionale Zukunftsbilder und Systemperspektiven
7	Bonn4Future – Wir fürs Klima	Kommunal, Bonn	2020–2023	Kommunaler Klimaplan / Klimaaktionsplan Bonn 2035	Mehrstufige Klimaforen mit zufällig ausgewählten Bürger:innen sowie organisierter Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung; Klimaaktionstage und Online-Elemente; Einspeisung in städtischen Klimaplan und Ratsbeschlüsse	Relevanter kommunaler Lernfall für mehrstufige Beteiligung und lokale Umsetzung
8	BioSTEP – Stakeholder & Citizen Engagement in Bioeconomy Strategies	EU-weit und regionale Piloten	2015–2018	Unterstützung regionaler und nationaler Bioökonomiestrategien; Input für EU-Bioökonomiestrategie	H2020-Projekt mit Living Labs, Policy-Workshops, Ausstellungen, Beteiligungsleitfäden; Fokus auf partizipative Governance	Relevanter EU-Lernfall für Beteiligungsleitfäden und übertragbare Bioökonomie-Governance
9	Finnische Bioökonomiestrategie 2022–2035	National, Finnland	2020–2022	Nationale Bioökonomiestrategie 2022–2035 inkl. Aktionsplan	Breite Einbindung von Ministerien, Regionen, Stakeholdern und Öffentlichkeit; Online-Befragung über otakantaa.fi; Verarbeitung von Rückmeldungen in Vision, Ziele und Maßnahmen	Möglicher internationaler Vergleichsfall für dokumentierte Online-Konsultation
10	EU-Bioökonomiestrategie 2025	Europäisch	2025	Neue EU-Bioökonomiestrategie 2025	Zwölfwöchige Online-Konsultation für Bürger:innen und Stakeholder; flankierende Dialogformate	Ausgewählter bzw. vorgesehener Vertiefungsfall; relevant für digitale, formalisierte Konsultation



KURZSTUDIE

Partizipation in der Bioökonomie

Gestaltungsprinzipien für konsultative Beteiligung in Strategieprozessen

Bremen/Essen 2026

